



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat IV/9
Sitzungstag:	Dienstag, den 26.01.2016
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:39 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2016/703

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW - entfällt -

**1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -**

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Bildung des Ältestenrates; personelle Besetzung
Vorlage: V/2016/411

1.4.2. Bürgerstiftung
hier: Anträge vom 23.12.2015
Vorlage: V/2016/412

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1. XI. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Wipperfürth
Vorlage: V/2015/403/1

1.5.2. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2016/409/2

1.6. Anfragen - keine -

1.7. Anträge

- 1.7.1. Betriebskonzept Friedhöfe; Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2016
Vorlage: A/2016/163

1.8. Mitteilungen

- 1.8.1. Verkaufsoffene Sonntage im Jahre 2016
Vorlage: M/2016/704

2. Nichtöffentliche Sitzung - entfällt -



Hansestadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Rates,
am 26.01.2016
von 17:00 Uhr bis 20:39 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

von Rekowski, Michael parteilos Bürgermeister

Ratsmitglieder

Berster, Heribert	CDU	
Billstein, Regina	SPD	(ab TOP 1.5.2, 17.18 Uhr)
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Brachmann, Peter	SPD	
Caspers, Dagmar	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Ebert, Kai	CDU	
Felderhoff, Klaus-Dieter	UWG	
Finthammer, Horst	CDU	
Flosbach, Thomas	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Goller, Christoph	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Gottlebe, Joachim	SPD	
Grolewski, Joachim	UWG	
Grüterich, Norbert	CDU	
Hirsch, Hartmut	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	
Kremer, Stephan	CDU	(ab TOP 1.4.1, 17.06 Uhr)
Liehn, Ursula	SPD	
Mederlet, Frank	SPD	
Metzger, Andreas	SPD	
Müller, Hans-Peter	CDU	
Palubitzki, Lothar	CDU	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schnepper, Josef W.	FDP	
Schnippering, Bernd	CDU	
Schröder, Bärbel	SPD	
Stefer, Michael	CDU	
Surborg, Joachim	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	(ab TOP 1.5.2, 17.18 Uhr)

Verwaltungsvertreter

Barthel, Volker	intern	StVD
Hachenberg, Friedrich	intern	StBD
Hagen, Ralf	intern	Bauing. (bis TOP 1.1.2, 17.05 Uhr)

Kamphuis, Leslie	intern	StOVR
Klewinghaus, Dieter	intern	Bauing.
Schorre, Matthias	intern	VA (bis TOP 1.5.2, 19.48 Uhr)
Willms, Herbert	intern	StOVR

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Es fehlten:

Ahus, Margit	CDU
Bremerich, Josef	CDU
Hewald, Georg	Die Linke
Klett, Stefan	CDU

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung, die auch als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde, einvernehmlich anerkannt, wobei auf Anregung des Ratsherrn **Koppelberg** der Antrag der UWG-Fraktion (TOP 1.7.1) im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2016 unter dem TOP 1.5.2 mitbehandelt wird.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Eine zuvor eingegangene schriftliche Anfrage eines Einwohners wird durch den Bürgermeister schriftlich beantwortet.

1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2016/703

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW - entfällt -

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Bildung des Ältestenrates; personelle Besetzung

Vorlage: V/2016/411

Dem in der Ratssitzung am 15.12.2015 gebildeten Ältestenrat gehören die in Anlage 1 aufgeführten Mitglieder an.

Nachrichtlich: Anlage 1, ergänzt um die in der Sitzung benannten Ratsmitglieder:

Besetzung des Ältestenrates der Hansestadt Wipperfürth In der Wahlperiode 2014 bis 2020

Sitzverteilung: BM als Vorsitzender, 5 CDU, 3 SPD, 2 UWG, 2 GRÜNE

	Vorsitzender	Stellvertreter/innen
	von Rekowski, Michael	Berster, Heribert (CDU) Billstein, Regina (SPD) Grüterich, Norbert (CDU)

	Mitglieder		
A	Bürgermeister und stellvertretende Bürgermeister/in *)		
1	von Rekowski, Michael (Bürgermeister)		
2	Berster, Heribert	CDU	
3	Billstein, Regina	SPD	
4	Grüterich, Norbert	CDU	
B	Vorsitzende der im Stadtrat vertretenen Fraktionen **)		
5	Scherkenbach, Friedhelm	CDU	Bongen, Hermann-Josef Ebert, Kai
6	Mederlet, Frank	SPD	Gottlebe, Joachim
7	Koppelberg, Harald	UWG	Grolewski, Joachim
8	Schmitz, Andreas	Grüne	Goller, Christoph
C	Weitere Ratsmitglieder in folgender Reihenfolge:		
9	1. Bongen, Hermann-Josef	CDU	
10	2. Ebert, Kai	CDU	
	3. Palubitzki, Lothar		
	4. Ahus, Margit		
	5. Hirsch, Hartmut		
11	1. Gottlebe, Joachim	SPD	
	2. Brachmann, Peter		
	3. Liehn, Uschi		
12	1. Grolewski, Joachim	UWG	
	2. Felderhoff, Klaus-Dieter		
13	1. Goller, Christoph	GRÜNE	
	2. Caspers, Dagmar		

Erläuterungen:

- *) Sollte im konkreten Falle einer der stellvertretenden Bürgermeister nicht teilnehmen können, bliebe der Sitz für diese Sitzung unbesetzt.
- ***) Sollten im konkreten Falle weder der jeweilige Vorsitzende einer Ratsfraktion noch sein/e Stellvertreter teilnehmen können, bliebe dieser Sitz für diese Sitzung unbesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

Die Fraktionsvorsitzenden **Scherkenbach**, **Mederlet** und **Koppelberg** geben vor der Abstimmung die in der Anlage 1 zur Vorlage noch offenen Wahlvorschläge bekannt.

1.4.2 Bürgerstiftung
hier: Anträge vom 23.12.2015
Vorlage: V/2016/412

Beschluss:

1. Die Anträge der Bürgerstiftung vom 23.12.2015 werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. a) Die in der Ratssitzung am 31.01.2013 (TOP 1.5.1) zugunsten einer späteren Freigabe durch den Haupt- und Finanzausschusses beschlossene Teilsperrung in Höhe von 20.000 € der damaligen Jahresleistung 2013 aus Nutzungsentgelt und Finanzierungszuschuss (195.000 €) wird aufgehoben. Die Mittel werden der Bürgerstiftung aus dem Haushalt 2015 zur Verfügung gestellt und sind zweckgebunden zur Mitfinanzierung der KAG-Beiträge zum Umbau der Wupperstraße zu verwenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Die in der Ratssitzung am 31.01.2013 (TOP 1.5.1) beschlossene Kürzung der Jahresleistung aus Nutzungsentgelt und Finanzierungszuschuss ab dem Haushaltsjahr 2014 um jährlich 7.500 € wird -zunächst- auch im Haushaltsjahr 2016 beibehalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

- c) Die Bürgerstiftung wird aufgefordert, der Verwaltung alle notwendigen Unterlagen zur Bemessung des städtischen Nutzungsentgeltes (Stundenverrechnungssätze und Nutzungsumfang) und des Finanzierungszuschusses aktuell und zeitnah vorzulegen, damit der bestehende Nutzungsvertrag vom 21.06.2004 entsprechend neu gefasst und dem Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.2016 zur Vorberatung, bzw. dem Rat der Stadt am 05.07.2016 zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Auf Anregung des Ratsherrn **Schmitz** lässt Bürgermeister **von Rekowski** über die einzelnen Teilbeschlüsse getrennt abstimmen.

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 XI. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Wipperfürth

Vorlage: V/2015/403/1

Beschluss:

Die XI. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Wipperfürth wird in der als Anlage beiliegenden Fassung *) beschlossen.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen

1.5.2 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2016/409/2

1. Über die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Ratsfraktionen und der fraktionslosen Ratsmitglieder zum Haushaltsentwurf 2016 wird wie folgt beschlossen:

a) auf Antrag 1 der CDU-Fraktion

Die Position 5000032 „Sonstige Kanalsanierungen“ auf der Seite II – 235 wird auf 50.000,-- € reduziert. Ferner wird die Summe in Höhe von 50.000,-- € für den Bauausschuss gesperrt, der diese bei Bedarf freigeben kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

b) auf Antrag 2 der CDU-Fraktion

Zur Position 5100165 „Sanierung Stollen Kreuzberg“ auf der Seite II – 237 wird der Bauausschuss zur Sitzung am 17.03.2016 über den Inhalt der durchzuführenden Maßnahmen, sowie zur Grundsätzlichkeit informiert. Weiterhin wird die Forderung der Bezirksregierung zu dieser Maßnahme aufgezeigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

c) auf Antrag 3 der CDU-Fraktion

Zur Position 5100261 „Kanalbau Bahnstraße“ auf der Seite II – 240 wird der Bauausschuss zur Sitzung am 17.03.2016 über den Inhalt der durchzuführenden Maßnahme, sowie über den beabsichtigten Straßenausbau informiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

d) auf Antrag 4 der CDU-Fraktion

Die Position 5000042 „Erneuerung Technik RÜB“ auf Seite II – 235 wird zugunsten des Bauausschusses gesperrt. Ferner wird dem Bauausschuss am 17.3.2016 der aktuelle Sachstand über diesen Haushaltsansatz, insbesondere der Verhandlungsstand mit dem Wupperverband, ob mit kostenträchtigen Reparaturarbeiten in Zukunft zu rechnen ist, vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

e) auf Antrag 5 der CDU-Fraktion bzw. Antrag 2 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss ein Gesamtkonzept für alle städtischen Fahrzeuge (ausgenommen: Spezialfahrzeuge) zu erarbeiten und bis zum 14.06.2016 vorzustellen. Das Gesamtkonzept beinhaltet eine Übersicht über Bestand, Einsatznutzung (Häufigkeit und Nutzer (Amt), Zeitpunkt der geplanten Ersatzbeschaffung, vorgesehenen Invests usw.

Ziel des Gesamtkonzeptes ist es, festzustellen, welche Fahrzeuge in Zukunft benötigt werden und ob Fahrzeuge abteilungsübergreifend genutzt werden können.

Alle Neuanschaffungen für den städtischen Fuhrpark (Bauhof und Verwaltung) werden für den Fachausschuss (Bauhof = Bauausschuss, übrige Fahrzeuge = Haupt- und Finanzausschuss) gesperrt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen

f) auf Antrag 4 (bzw. Antrag unter TOP 1.7.1) der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 15.06.2016 zum Produkt 1.13.02 ein Betriebskonzept zu erarbeiten und dies dem Fachausschuss vorzustellen. Flächenmanagement, Ausbau von Varianten der Urnenbestattung, Ausbau der Urnenwand und die Möglichkeiten der modernen Bestattungsformen, die in Wipperfürth umsetzbar sind, sollen hierbei begutachtet werden, z.B. die Möglichkeit zur Baumbestattung (wie in Engelskirchen und Kürten) sollen hierbei ebenso mit in eine strategische Ausrichtung zu Bewirtschaftung unserer Friedhöfe beachtet werden.

In dem Betriebskonzept ist auch der Aspekt der Parkanteile der Friedhöfe mit zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

g) auf Antrag 7 der CDU-Fraktion

Das Regionale Gebäudemanagement wird beauftragt, bis zur Sommerpause 2016 dem Fachausschuss ein Konzept zur Sanierung der städtischen Gebäude vorzustellen. Insbesondere sind in dem Konzept die Sanierungen nach Kurz-, Mittel- und Langfristigkeit aufzulisten, sowie die finanziellen Auswirkungen. Ebenso sollten die zukünftigen Einsparpotenziale, wie z.B. Energiekosten, aufgeführt werden.

Auch ist dabei aufzuzeigen wie Maßnahmen des gültigen Klimaschutzkonzeptes in die Umsetzung einbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

h) auf Antrag 8 der CDU-Fraktion bzw. auf Antrag 4 der SPD-Fraktion

Die Position 5100233 „Altes Seminar – Sanierungsarbeiten“ auf Seite II – 40 wird zugunsten des Bauausschusses -bis auf einen Teilbetrag von 50.000 € für einen notwendigen Auftrag für die notwendige Vorplanung- gesperrt. Das RGM wird beauftragt, bis zur Sitzung des Ausschusses am 17.03.2016 eine Kostenaufstellung der Investitionsmaßnahmen sowie deren Dringlichkeit vorgestellt. Weiterhin werden mögliche, kostengünstigere Varianten aufgezeigt.

Unbedingt ist ein behindertengerechter Zugang zum Alten Seminar, der den Ratssaal einschließt, sicher zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

i) auf Antrag 9 der CDU-Fraktion bzw. auf Antrag 3 der SPD-Fraktion

Die HH-Ansätze RGM 1.01.03 – 5100096 Um- u Ausbau St. Antonius für 2017-2019 sehen Ausgaben von 1.15 Mio Euro für ein Lehrerzimmer vor.

Das RGM wird beauftragt zur Sitzung des Bauausschusses am 17.03.2016 möglichst detaillierte Informationen über die erforderlichen Investitionsmaßnahmen mit deren Dringlichkeit vorzustellen. Weiterhin werden mögliche, kostengünstigere Varianten aufgezeigt.

In 2016 werden dem Ausschuss für Schule und Soziales sowie dem Bauausschuss, eventuell in einer gemeinsamen Sitzung, die bisherigen Überlegungen konkret vorgestellt. Ziel ist es, möglicherweise Synergien für die qualitative Schulraumversorgung allgemein und/oder den OGS-Raumbedarf nachhaltiger zu erreichen. Hierbei ist auch die komplette Erneuerung der Pavillons in Betracht zu ziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

j) auf Antrag 10 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, auf welchen Dächern der städtischen Gebäude Photovoltaikanlagen errichtet werden können und ob eine Vermietung an Anbieter solcher Anlagen rentabel ist. Ebenfalls ist eine Liste der bisher vermieteten Dachflächen mit deren finanziellen Erträgen dem Fachausschuss bis zur Sommerpause vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

k) auf Antrag 11 der CDU-Fraktion

Die Position 5100199 „Rasenmähroboter Stadion“ auf Seite II – 188 wird gestrichen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

l) auf Antrag 12 der CDU-Fraktion

Die Position 5000087 „Sanierung Ingenieurbauwerke (Brücken, etc.) auf Seite II – 253 wird zugunsten des Bauausschusses gesperrt. Bis zur Sitzung am 17.03.2016 werden dem Ausschuss preiswertere Varianten (z.B. Fertigbetonbrücken) vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

m) auf Antrag 7 der SPD-Fraktion

Der Ausbau von möglichst flächendeckendem Ausbau der Breitbandversorgung in Wipperfürth ist unstrittig. Grundsätzlich ist sicher zu stellen, dass bei Tiefbaumaßnahmen (z. B. Straßenbau Sanderhöhe) die Verlegung von Leerrohren für (spätere) Kabelverlegung vorgesehen wird und eine Koordination/Absprache mit potentiellen Versorgern erfolgt.

Zudem ist die Verwaltung aufgefordert, Fördermittel beim Bund und beim Land NRW, aber auch beim Oberbergischen Kreis - hier: Anfrage auf Weiterleitung von Bundesmitteln (Investitionsoffensive Bundesregierung) - für den Breitbandausbau einzufordern. Hierüber ist der Rat zu gegebener Zeit zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

n) auf Antrag 8 der SPD-Fraktion bzw. auf Antrag 2 der UWG-Fraktion

Die Mittel für die Renovierung Stadion 1.08.01 – 5100154 in Höhe von 90.000 Euro werden zugunsten des Ausschusses für Sport, Freizeit und Kultur gesperrt.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss die notwendigen Maßnahmen, die zur Sicherung des Schulsports unabwendbar sind, und deren Kosten vorstellen.

Nach entsprechender Information sollten dann die notwendigsten Kosten zur Beschlussvorlage gereicht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

o) auf Antrag 9 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung ist aufgefordert, dem Rat (Haupt- und Finanzausschuss) ein Konzept Sozialer Wohnungsbau in und für Wipperfürth darzustellen. Die Stadt ist hier in erster Linie als Koordinator denn als Investor zu verstehen. Was kann mit wem wo möglicherweise realisiert werden gemeinsam mit Akteuren des sozialen Wohnungsbaus (Banken, Baugenossenschaften etc.)?

Die unter 1.001.03 RGM 5000048 Grundstücksverkäufe angedachten Veräußerungen von Immobilien sind in dieses Konzept einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

p) auf Antrag 6 der SPD-Fraktion

Der Rat der Stadt Wipperfürth will eine saubere Stadt. Die Stadt, Hauseigentümer, Geschäftsbetreiber, kommerzielle Nutzer der Innenstadt und Gäste etc. sind alle aufgerufen, hierbei mitzuhelfen.

Die Verwaltung wird dem Haupt- und Finanzausschuss (Bauausschuss) die Maßnahmen zur Stadtreinigung (Reinigungsintervalle, Einsatz 1-Euro-Kräfte, evtl. Task-Force Reinigung des Bauhofs usw.) vorstellen. Gegebenenfalls sind die Aktivitäten des Bauhofs 1.01.02 Bauhof im Allgemeinen und die der (Seite) II 228/229 Abfallbeseitigung 1.11.01 – 442400 im Besonderen auszuweiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

q) auf Antrag 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(in leicht abgewandelter Form)

Umsetzung der Anträge zum Haushalt 2015 - Weiterentwicklung Controlling / Information für Bürgerinnen und Bürger:

Die für den damaligen Haushalt 2015 vom Rat beschlossene Maßnahme bezüglich eines Controllings wird bis zum April 2016 realisiert. Rechtzeitig bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.11.2016 ist die damit verbundene Information der Bürgerinnen und Bürger einzuführen.

Controlling und Öffentlichkeit sind Grundvoraussetzung für eine gute Haushaltsführung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- r) auf Antrag 3 des Rats Herrn Josef W. Schnepfer (FDP)

Position 5000095: Erschließung Gewerbeflächen Klingsiepen

Dieses Projekt soll vorgezogen und beschleunigt vorangetrieben werden. Es trägt dazu bei, die künftigen Steuererträge der Stadt zu verbessern und damit den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Den vom Unterausschuss Personal am 19. Januar 2016 empfohlenen Änderungen des Stellenplanes 2016 gegenüber dem eingebrachten Entwurf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 15. Dezember 2015 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2016 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen (insbesondere Haushaltssicherungskonzept 2016 - 2026) wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. bis 2., einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans lt. beiliegendem Veränderungsnachweis beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

Grundlage der Beratung und Beschlussfassung ist die im Rahmen des elektronisch und auch als Tischvorlage bereitgestellten I. Nachtrags zur Einladung enthaltene Austauschvorlage mit allen Anlagen.

Zu Beginn der Beratung teilt der stellvertretende Stadtkämmerer **Willms** mit, dass der Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen in der Zeit vom 04.01. bis zum 22.01.2016 zur Einsichtnahme für jedermann ausgelegt habe. Es habe niemand Einsicht genommen oder Einwendungen vorgebracht, über die der Rat andernfalls heute zu entscheiden habe.

Anschließend halten die Vorsitzenden der vier Ratsfraktionen sowie Ratsherr Schnepfer ihre Haushaltsreden.

Im Anschluss daran lässt Bürgermeister von Rekowski anhand einer vom Finanzservice vorgelegten und vergleichenden Matrix zunächst über die Anträge der Fraktionen bzw. des Ratsherrn Schnepfer beraten und abstimmen.

Die Anträge, die abgelehnt worden sind, im Rahmen der Diskussionen zurückgezogen wurden oder über die aus anderen Gründen nicht abgestimmt wurden, sind an dieser Stelle nachrichtlich aufgeführt:

Antrag 3 UWG	Durch die Abstimmung über den weitergehenden Antrag 1 der CDU-Fraktion entfiel eine Abstimmung.
Antrag 6 CDU	Der Antrag wurde zurückgezogen unter der Voraussetzung, dass bei der Abstimmung über den Antrag 4 bzw. 1.7.1 der UWG-Fraktion für die Vorlage des Konzeptes ein Termin (Bauausschusssitzung am 15.06.2016) gesetzt wird (siehe Beschluss unter 1f).
Antrag 1 SPD	Der Antrag wurde zurückgezogen unter der Voraussetzung, dass bei der Abstimmung über den Antrag 4 bzw. 1.7.1 der UWG-Fraktion in dem Betriebskonzept auch der Aspekt der Parkanteile der Friedhöfe mit zu berücksichtigen ist (siehe Beschluss unter 1f).
Antrag 5 SPD	Zustimmung wurde für den Fall angekündigt, dass der Antrag 7 der CDU-Fraktion um den letzten Absatz des eigenen Antrags bezüglich der Einbeziehung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept ergänzt wird (siehe Beschluss unter 1g).
Antrag 1 Grüne	Der Antrag wurde im Laufe der Diskussion zurückgezogen.
Antrag 2 FDP	Eine Abstimmung entfiel, da die Anträge 8 der CDU-Fraktion und 4 der SPD-Fraktion die weitergehenden waren.
Antrag 1 UWG	Der Antrag wurde durch Beschluss mehrheitlich abgelehnt.
Antrag 2 Grüne	Der Antrag wurde durch Beschluss mehrheitlich abgelehnt.
Antrag 1 FDP	Der Antrag wurde durch Beschluss einstimmig bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.
Antrag 3 Grüne	Der Antrag wurde durch Beschluss bei 12 Stimmen für den Antrag, 15 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Im Anschluss an die Anträge über die Anträge der Fraktionen bzw. des Rats Herrn Schnepfer lässt Bürgermeister **von Rekowski** über die Ziffern 2 und 3 des Beschlussentwurfs gemäß Austauschvorlage getrennt abstimmen.

Anlagen:

- 1 – Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedhelm **Scherkenbach**
- 2 – Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank **Mederlet**
- 3 – Haushaltsrede des UWG-Fraktionsvorsitzenden Harald **Koppelberg**
- 4 – Haushaltsrede des GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden Andreas **Schmitz**
- 5 – Haushaltsrede des fraktionslosen Ratsmitglieds Josef W, **Schnepfer** (FDP)

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
Friedhelm Scherkenbach**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung

das Jahr 2015 liegt hinter uns und mit der Rede zum Haushalt beginnt das politische Jahr 2016. Für das abgelaufene Jahr möchte ich mich heute Abend, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU Fraktion, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für Ihren enormen Einsatz bedanken. Das Jahr 2015 stand sicher nicht unter einem guten Stern. Die zum Teil schweren Erkrankungen innerhalb der Verwaltungsmitarbeiter, aber auch das Gedenken an die beiden verstorbenen Mitarbeiter stimmen uns traurig. Uns wird gnadenlos vor Augen gehalten, wie vergänglich Gesundheit und Glück sind und es bleibt die Erinnerung und der Dank für Ihren Einsatz in der Verwaltung.

Ich möchte besonders Guido Forsting gedenken, unseren ehemaligen Bürgermeister und Beigeordneten, der hier in diesem Ratssaal mit uns und zum Teil mit Ihnen, gemeinsam von 1996 – 2009 vieles auf den Weg gebracht hat, was heute in der Umsetzung für jedermann sichtbar wird. Ich erinnere an ein Zitat von Dr. Michael Pehlke, der gegenüber der BLZ gesagt hat: "Viele wissen noch gar nicht, was Guido Forsting für diese Stadt getan hat." Leider viel zu früh mussten wir von ihm Abschied nehmen und dennoch lebt er in Wipperfürth unübersehbar durch viele jetzt realisierte Projekte weiter.

Und wenn ich anfangs meiner Rede von den Erkrankungen einiger Mitarbeiter der Verwaltung sprach so wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen, dass Sie schnell wieder gesund werden. Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle einen besonderen Gruß an unseren Beigeordneten Frank Trompeter richten und hoffe dass wir bald wieder mit ihm rechnen können.

Wenn ich mich nun dem Haushalt zuwende, dann kann ich diesem leider auch nichts Positives abgewinnen. Die Zahlen sind mehr als ernüchternd:

Wir prognostizieren in der Haushaltsplanung 2016 ein Minus von 4,3 Mio. €, sehen heute in der Ratsvorlage ein Minus von 5,3 Mio. € und müssen es trotzdem hinkriegen, unseren Haushalt bis 2020 auszugleichen. Wie und vor allem mit welchen Anstrengungen kann das überhaupt gelingen?

Bereits im letzten Jahr hatte ich in meiner Rede vorgetragen, dass die kommenden Jahre geprägt sein müssen von Einsparungen, Einsparungen und nochmals Einsparungen.

Wir dürfen nicht so tun, als würden wir uns noch alles erlauben können. Andererseits müssen wir Wipperfürth weiter entwickeln und die Stadt mit seinen Kirchdörfern lebens- und liebenswert erhalten. Wenn wir diesen Spagat bis 2020 nicht hinkriegen, dann werden wir in Zukunft von anderen diktiert bekommen, was in Wipperfürth noch gehen darf und was nicht. Dann stehen unter Umständen die „Alte Drahtzieherei“, das WLS-Bad, die Musikschule, die städtische Bücherei und viele weitere Einrichtungen und Initiativen vor dem Aus und wir Wipperfürther haben dabei kein Mitspracherecht mehr. Dies gilt es auf jeden Fall zu verhindern, und daher haben wir die Verwaltung immer wieder aufgefordert, Einsparmöglich-

keiten aufzuzeigen. Wenn ich mir dazu nun allerdings die Seite "Konsolidierungsmaßnahmen" anschau, dann sehe ich dort so gut wie keine Einsparungen an Investitionen. Die Vorschläge zur Konsolidierung des Haushaltes basieren lediglich auf Erhöhungen von Steuern und Gebühren oder aber auf Reduzierungen von Leistungen. Das nennen wir von der CDU sehr kurz gesprungen und einfallslos.

Der Haushaltsentwurf zeigt an vielen Stellen aber auch sehr deutlich, dass es zu immer höheren Ausgaben kommt, die wir nicht beeinflussen können und zu denen wir verpflichtet sind oder werden. Und geplante Investitionen, die wir in unseren Anträgen nicht oder nicht in der vorgeschlagenen Form billigen und daher für die Fachausschüsse sperren, reichen bei weitem nicht aus, um den Haushaltsausgleich im Jahre 2020 möglich erscheinen zu lassen. Dies gilt gleichermaßen für die Anträge der anderen Fraktionen. Und dennoch muss es einen Weg geben, auch in Zukunft die Erhöhungen von Steuern und Gebühren, sowie die Reduzierungen von Leistungen auf das geringste Maß zu beschränken. Da fällt mir zunächst einmal der Kommentar von Herrn Lenzen aus der BLZ am 21.12.2015 ein, den er nach der Einbringung des Haushaltes in der Ratssitzung am 15.12.2015 geschrieben hat.

Hier heißt es "Aus eigener Kraft können die Kommunen das strukturelle Defizit nicht lösen, allen Sparanstrengungen zum Trotz, unter denen oft Vereine und Ehrenamtler leiden. Die Politiker sind gefragt, hier massiven Druck auf ihre Parteifreunde in Land und Bund auszuüben, um eine gerechtere Finanzierung der ländlichen Kommunen zu erreichen. Diese sind gegenüber den größeren Städten deutlich benachteiligt."

Gerade der Hinweis auf die Parteifreunde in Land und Bund ist eine wichtige Feststellung: Die Aufgaben, die wir durch Land und Bund aufgebürdet bekommen, werden uns finanziell dauerhaft ruinieren, wenn wir dafür keine Zuschüsse erhalten. Wir wiederholen unsere Forderung immer wieder: Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen!!

Nehmen wir einmal die Kosten für U 3 Betreuung oder die Kosten der Inklusion in unseren Schulen, die wir jährlich zu tragen haben. Oder ganz aktuell die Kosten durch die Flüchtlingssituation, auch hier weisen wir mit Stand Januar 2016 ein Defizit von 1,5 Mio.€ auf. Die Zusagen aus Berlin und Düsseldorf, die Kommunen zu entlasten, werden bis heute nicht eingehalten oder reichen bei weitem nicht aus. Und in welcher Höhe zugesagte Zahlungen bei uns eingehen ist leider nicht absehbar. Gerechte Abrechnung sieht anders aus!

Wenn wir nicht unsere Beziehungen und Kontakte nach Düsseldorf und Berlin nutzen können, um schnellstens an die dringend benötigten Gelder zu kommen, die wir für die Umsetzungen von Landes- und Bundesaufgaben benötigen, dann muss man irgendwann sicherlich feststellen:

Das Glas ist nicht mehr halbvoll, sondern es ist halbleer. Dann können wir uns zu Tode sparen und unser Haushalt wird trotzdem immer roter. An dieser Stelle, meine Damen und Herren des Rates sind wir **alle** gefragt.

Daher ist es zunächst verständlich, wenn unser Bürgermeister Michael von Rekowski in seiner Haushaltsrede sagt (Zitat):

„Aber ich will keine weiteren neuen Projekte anstoßen. Ich möchte die Themen, an denen wir arbeiten, zu einem vernünftigen Abschluss bringen und dabei weiterhin mögliche Einspareffekte generieren.“

Ich stimme Ihnen zu, Herr Bürgermeister, wir haben im Moment mit dem InHK, dem Ausbau zum Ganztage am E.v.B. und der 800 Jahr Feier drei Großprojekte vor der Brust, die nicht nur arbeitstechnisch, sondern auch finanziell zu stemmen sind. Und bei der momentanen Flüchtlingssituation wissen wir ebenfalls noch nicht was auf uns wann zukommt.

Aber meine Frage an Sie, Herr Bürgermeister: Ist das ihre Zukunftsplanung für unsere Stadt?

Ein Bürgermeister muss doch Visionen und Ideen für die Zukunftsplanungen einer Stadt, auch über seine Wahlperiode hinaus, entwickeln. Was hätten wir denn heute, wenn Guido Forsting seinerzeit nicht über Shared Services und die Regionale 2010, InHK und, und, und nachgedacht hätte, und diese Projekte dann mit uns, dem Rat, entwickelt hätte? Es gibt doch nichts Schlimmeres als Stillstand. Und Stillstand, Herr Bürgermeister, ist bekanntermaßen Rückschritt.

Natürlich, da gebe ich dem Bürgermeister recht, benötigt das InHK und auch der Ausbau am EvB Gymnasium viel Kraft, um zu einem guten Ende zu kommen. Und auch das Hansefest mit der 800 Jahr Feier soll ein Erfolg werden und Wipperfürth landauf, landab bekannt machen. Aber diese Themen sind im Fluss oder wie Sie mal im Zusammenhang mit dem InHK gesagt haben, die Züge sind bereits auf der Strecke!

Zu den Äußerungen des Bürgermeisters zum Haushalt möchte ich daher folgendes anmerken:

Zum InHK:

Die CDU steht nach wie vor, voll und ganz hinter dem Beschluss von 2012, das InHK umzusetzen. Ich teile ebenfalls die Meinung der Verwaltung, dass es sicher kein Projekt in der Vergangenheit gegeben hat, was den Bürgerinnen und Bürgern so intensiv in der Öffentlichkeit vorgestellt und mit ihnen sehr offen und auch öffentlich diskutiert wurde. Daher kann man die Kritik Einiger, man habe die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert, so nicht gelten lassen. Allerdings muss man die Kritiker ernst nehmen, und man sollte versuchen, diese mit ins Boot zu nehmen, oder besser noch, auf den fahrenden Zug mit aufspringen zu lassen. Wir, die CDU haben nach dem Beschluss zum InHK die Kritik und die Sorgen der Händler ernst genommen und haben u. a. einen Antrag zum Bau der Parkpalette am Radiumparkplatz gestellt, bzw. haben die Verwaltung beauftragt, Alternativen zu suchen, die schnellstmöglich umgesetzt werden, um während der Bauphase innenstadtnahe Parkplätze ausweisen zu können. Dies ist mit der Anmietung und bevorstehendem Kauf des Parkplatzes von der Firma Radium auch gelungen. Somit waren diese Ängste und Sorgen schon einmal behoben.

Ebenfalls haben wir ein Gegengutachten zum InHK gefordert, um nochmals klären zu lassen, ob wir mit dem Beschluss zum InHK und auch der beschlossenen Verkehrsführung irgendetwas übersehen haben oder völlig falsch liegen. Auch dieses Gutachten kam zu dem Schluss, dass sich keine sinnvolle und praktikable Alternative aufdrängt.

Weiterhin haben wir uns darum bemüht, dass sich die Vertreter der IG und des ESW im Arbeitskreis wiederfinden. Und mit dem Beschluss zum Marktplatz haben wir alle gemeinsam eine vernünftige Lösung herausgearbeitet, in der sich alle Beteiligten wiederfinden können.

Weiterhin haben wir im Arbeitskreis angeregt, die Absperrung der Hochstraße, sprich die Aufbauten zur Schließung des Durchgangsverkehres, soweit wie möglich nach hinten zu schieben und erst als letzten Baustein des InHK umzusetzen, nämlich dann, wenn die zukünftige Verkehrsführung umgesetzt werden kann und nicht immer wieder durch die wechselnden Baustellen geändert werden muss.

Ein ganz wichtiger Baustein des InHK ist auch die Umgestaltung des Busbahnhofes, der für uns allerhöchste Priorität hat. Darum an dieser Stelle nochmal der Appell an die Verwaltung und vor allem an Sie, Herr Bürgermeister als Chef der Verwaltung, die Planungen für einen Umbau mit hoher Priorität voranzutreiben, damit wir ins Umsetzungsverfahren des Landes kommen.

Leider ist aber auch durch die ständigen Diskussionen zu vernehmen, dass es scheinbar nicht jedem klar ist, was Demokratie heißt und wie sie funktioniert: Wenn doch mit großer Mehrheit Beschlüsse mehrfach und nach langen Überlegungen gefasst wurden, dann muss man diese auch akzeptieren, selbst wenn man nicht zustimmen konnte. Trotz aller Anregungen, Anträge und Gespräche lassen einige Kritiker keine Gelegenheit an Maßnahmen aus, die das Gesamtprojekt letztlich gefährden. Das man nicht allen gerecht werden kann und es immer jedem zu 100 % Recht machen kann, das ist nun mal im Leben so. Jedoch eines muss man in aller Deutlichkeit sagen: Das ewige Schlechtreden und die negative Diskussion schaden eher dem Handel und den Geschäften und helfen überhaupt nicht weiter. Was ist das für ein Demokratieverständnis, wenn ich als Mitglied des Arbeitskreises InHK über die Durchführung der einzelnen Bausteine diskutiere und später initiiere ich eine Petition im Internet und versuche mit allen Mitteln, der Stadt zu schaden? Immer wieder werden die Mitarbeiter der Verwaltung, die Verwaltungsspitze aber auch wir, die Politiker im Rat, in der Öffentlichkeit von einigen bloßgestellt und zum Teil sogar persönlich denunziert. Daher mein Appell an alle: Kehren Sie endlich zur Sachlichkeit zurück! Bringen sie einmal die positiven Seiten unserer schönen Stadt in die Öffentlichkeit, denn nur dort, wo man gerne einkauft, dort geht man auch einkaufen. Sie werden mit dem ewigen Schlechtreden keine Kunden nach Wipperfürth ziehen, ich gehe sogar so weit zu sagen, durch die immer wieder negative Diskussion wird man die Kunden in andere Städte treiben. Und ich möchte nochmals darauf hinweisen: Die umliegenden neuen Einkaufsmöglichkeiten, wie z.B. das Forum in Gummersbach und auch das geplante Outletcenter in Remscheid- Lennep wird uns Kaufkraft kosten. Da können wir nur gegensteuern, wenn wir die Kunden regional und überregional bewerben, wenn wir Ihnen ein Einkaufserlebnis ermöglichen und sie überzeugen, hier in Wipperfürth einzukaufen. Welcher Kunde, frage ich Sie, geht denn gerne nach Wipperfürth einkaufen, wenn er jeden Tag diese negative Diskussion zu hören bekommt?

Wir werden bedingt durch die Baustellen noch einige Zeit, insbesondere in diesem Jahr, viele Umwege gehen und fahren müssen, aber ich bin fest davon überzeugt, dass es sich am Ende lohnt, dieses Konzept umgesetzt zu haben.

Und daher auch nochmal der Appell an die Verwaltung und vor allem an die Mitarbeiter, die in direktem Zusammenhang mit dem InHK, aber auch mit den Kanalsanierungen stehen: Gehen Sie frühzeitig und offen auf die Geschäfte, auf den Handel zu und informieren über alles, was in den Bauphasen geschieht. Ich denke, die Erfahrungen aus der ersten Bauphase, sei es die miserable Verkehrsbeschilderung, sei es die Verkehrsführung, usw. haben gezeigt, dass die Maßnahmen der ersten Bauphase noch stark verbesserungswürdig sind. Hier erwarten wir seitens der CDU noch mehr Informationsfluss und noch mehr Einsatz, damit in der nächsten Bauphase diese Fehler nicht mehr passieren.

Zum Ganzttag E.v.B. - Gymnasium:

Zum Projekt Ganzttag EvB kann ich ebenfalls nur nochmal bekräftigen, dass die CDU – Fraktion auch weiterhin hinter dem gefassten Beschluss steht und den Ganzttag an unserem städtischen Gymnasium einrichten will. Dazu gehört selbstverständlich auch die beschlossene Deckelung der Bausumme für den Neubau der Schulmensa. An dieser Stelle ist vor allem das Regionale Gebäudemanagement gefragt, endlich mit belastbaren Zahlen in die Fachausschüsse zu gehen. Wenn ein Beginn des Ganztages Erfolg haben soll, dann muss dieser schnellstens umgesetzt werden, ansonsten verunsichern wir nur die Schüler sowie

die Eltern und schaden damit dem EvB, unserer städtischen Schule. Bisher sind dem Fachausschuss noch in keiner Sitzung konkrete Zahlen vorgestellt worden. Die Planungen konnten zwar erst im Sommer 2015, nach der Genehmigung des Haushaltes, beginnen, aber das ist jetzt bereits 7 Monate her. Hierzu erwarten wir nunmehr vom Regionalen Gebäudemanagement bis zum nächsten Ausschuss bessere und vor allem mit Zahlen belegte Informationen. Aus dem Grunde ergibt sich für uns kein neuer Sachstand gegenüber dem ursprünglichen Beschluss und wir lehnen daher die Anträge zur Aufhebung des Ganztages ab.

Zur 800-Jahr-Feier:

Auch das dritte Großprojekt, die 800-Jahr-Feier, möchte ich kurz ansprechen. Natürlich freuen wir uns alle auf das Festjahr 2017 und wir erkennen die enorme Arbeit an, die für die Vorbereitungen einer solchen Feier aufgebracht wird. Aber wir möchten schon davor warnen, alles andere an Touristik vor diesem Hintergrund zu vernachlässigen. Wir haben auch heute die Aufgabe, unsere Stadt im Bereich Touristik nach vorne zu bringen, dafür wurde letztlich die Stelle der Tourismusbeauftragten geschaffen. Es kann und darf nicht sein, dass zeitnahe Vorstellungen und Ideen, z.B. seitens der Gastronomie, die Vorschläge für die nahe Zukunft gemacht haben, abgeschmettert werden mit der Aussage: Im Moment steht der Fokus nur auf der 800 Jahr Feier. Das wird und kann nicht funktionieren. Die Stelle der Tourismusbeauftragten wurde nicht geschaffen, um diese eine Feier vorzubereiten, sondern den Tourismus nach Wipperfürth zu holen. Tourismus heißt auch: Stärkung der Hotel- und Gastronomiebetriebe. Wir möchten die bisher sehr gute Arbeit unserer Tourismusbeauftragten nicht in Frage stellen, sondern lobend anerkennen. Denn alleine das Erstellen eines Tourismuskonzeptes war schon ein enormer Zeitaufwand. Aber was nutzt uns das beste Konzept, wenn in den nächsten 2 Jahren nur ein Thema bearbeitet wird und alles andere liegen bleibt.

Zur Flüchtlingssituation:

Als kleine ländliche Kommune ist es enorm, wie wir diese Aufgabe zur Zeit bewältigen. An dieser Stelle einmal unser herzlicher Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sei es Sozialamt oder auch Jugendamt, die im Moment tagtäglich damit beschäftigt sind, die kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen, unterzubringen und im täglichen Leben zu helfen. Ebenfalls gilt unser Dank an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die die Verwaltung hierbei unterstützen und den Menschen dabei helfen, sich in der neuen Heimat zurechtzufinden und das Leben ein Stück lebenswerter zu machen. Auf der Kolping-Veranstaltung am 14.01.2016 im Pfarrzentrum und auch auf unserem diesjährigen Neujahrsempfang wurde noch einmal ziemlich deutlich, wie viele Menschen, Organisationen und Gruppierungen hierbei helfen und Zeit aufbringen Gutes zu tun.

Jedoch sind wir hier in den Haushaltsberatungen und man darf vor diesem Hintergrund nicht gänzlich außer Acht lassen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerber nicht umsonst ist. Die zugesagten Mittel aus Bund und Land kommen, wenn überhaupt, ziemlich verspätet an und wenn wir für 2015 finanziell noch so eben, mit den zuletzt gezahlten Mittel in Höhe von gut 800.000,-- €, klarkommen, so wird dies in diesem Jahr sicherlich etwas schwieriger. Vergessen wir nicht, dass wir ab diesem Jahr für einen Zeitraum von 10 Jahren das ehemalige Altenheim Silberberg angemietet haben und wir auch sehr viele private Wohnungen in Wipperfürth anmieten mussten und weiterhin müssen, um die Menschen alle unterbringen zu können. Ebenso der Ankauf der ehemaligen Gaststätte am Wipperhof, oder die Räume im Industriegebiet Hämmern. Die Summen für Miete und Ankauf werden dann durch die erforderlichen Umbaumaßnahmen noch einmal um ein vielfaches erhöht. Hinzu kommen Aufwendungen für Securitydienste und Hausmeisterkosten. Auf Nachfrage bei der Verwaltung wurde alleine für das Jahr 2016 prognostiziert, dass wir nach

jetzigem Stand etwa 1,5 Mio. € mehr aufwenden als wir durch Zuweisungen von Land und Bund zu erwarten haben. Stand heute heißt aber auch, dass die Flüchtlinge, die in diesem Jahr noch zu uns kommen, hierbei noch nicht berücksichtigt sind.

Und da sind wir wieder an dem Punkt, den ich Eingangs meiner Rede angesprochen habe:

Wo ist die Unterstützung von unseren Bundes- und Landespolitikern? Die Aufnahme der Menschen ist das eine, was aber ist mit den Kosten, die wir als Kommune aufbringen müssen um die Menschen zu versorgen? Und in der Prognose der Verwaltung zum Stand 1. Januar 2016 sind noch nicht einmal die Folgekosten für die Infrastruktur, die wir in Zukunft vorhalten müssen, eingeplant: Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen. Diese Kosten müssen nämlich von uns, von den Kommunen aufgebracht werden. Wie schon bei der U3 Betreuung und der Inklusion an den Schulen wurden den Kommunen Aufgaben zugeteilt, deren Folgekosten letztendlich wir tragen müssen. In Land und Bund hört man nur, was man tolles in den Bereichen geleistet hat und was Landes- und Bundespolitik alles geschafft haben. Letztlich aber müssen wir es hier vor Ort schaffen und somit leider auch bezahlen. Und wie immer im Leben: Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Und wenn wir den Euro nicht haben oder nicht bekommen, zahlen wir immer drauf!

Und mit dem Euro der nur einmal ausgegeben werden kann, bin ich bei unseren Anträgen zum Haushalt:

Wie eingangs schon erwähnt, zeigen die Anträge von uns und auch der anderen Fraktion nur allzu deutlich, dass in den investiven Bereichen kaum noch große Summen einzusparen sind.

In jedem Wirtschaftsunternehmen wird daher bei Einsparungen immer auf zwei Bereiche geschaut: **Personal und Fuhrpark:**

Der Bereich **Fuhrpark** ist in jeder Haushaltsdiskussion ein Thema, so auch in diesem Jahr. Zunächst möchte ich an dieser Stelle einmal lobend erwähnen, dass die Anmeldungen seitens des Bauhofes in den letzten Jahren immer sehr vorausschauend getätigt wurden, war man sich doch der prekären Haushaltssituation bewusst. Jedoch sind für die kommenden Jahre Neuanschaffungen angemeldet, die zunächst sinnvoll erscheinen, aber dennoch noch einmal durchleuchtet werden müssen. So wurde bereits im Jahr 2014 zum Haushalt von uns beantragt, ein Konzept für den gesamten Fuhrpark vorzustellen. Hierbei sollten vor allem die im Einsatz befindlichen Fahrzeuge aufgelistet werden und eine Planung für die kommenden Jahre erstellt werden, welche Fahrzeuge benötigt werden, welche Fahrzeuge evtl. eingespart werden können oder aber auch welche Fahrzeuge abteilungsübergreifend genutzt werden können. Hier ist ein Vergleich zum Begriff Car-Sharing sicherlich zulässig.

Außer einer Liste im Bauausschuss am 10.04.2014 wurde dem Fachausschuss, bzw. dem Rat keinerlei Konzept vorgelegt. Daher fordern wir vor der Freigabe weiterer Mittel ein vernünftiges nachvollziehbares Konzept, in dem diese Fragen endlich untersucht werden. Bis dahin sollten alle weiteren Anschaffungen zugunsten des Fachausschusses gesperrt bleiben. Und ohne ein solches nachvollziehbares Konzept werden wir, die CDU, einer Freigabe der Mittel nicht zustimmen, das sage ich hier in aller Deutlichkeit!

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf unseren Antrag zur Streichung des Rasenmähroboters für das Mühlenbergstadion kommen. Scheinbar haben wir hier ein Luxusproblem denn aufgrund der Wirtschaftlichkeitsberechnung, die uns die Verwaltung vorgelegt hat, sehen wir nicht die Notwendigkeit, diesen Rasenmähroboter anzuschaffen. Ebenfalls sehen wir darin eine große Gefahr, dass dieses Gerät ohne ständige Aufsicht leicht „abhanden“ kommen kann. Diese Geräte sind nämlich bei jedermann sehr beliebt. Ein weiterer Aspekt ist die Beaufsichtigung des Gerätes. Die Stunden, die hierfür in der Wirtschaftlichkeitsberechnung aufgeführt werden, sind unserer Meinung nach nicht ausreichend für die Wartung,

Pflege und Reparaturaufwendungen. Andererseits sollte man seitens der Verwaltung einmal das Gespräch mit den Vereinen aufnehmen, die dort oben regelmäßig trainieren. Auf jedem anderen Sportplatz in unserer Stadt wird die Pflege und sonstige Arbeiten von den Vereinen durchgeführt. Nur bei diesem Platz scheint dies nicht zu funktionieren. Wenn wir darüber sprechen, was wir uns in Zukunft noch alles leisten können, dann ist es hier dringend nötig, auch diese Arbeiten, zumindest anteilig, auf die nutzenden Vereine zu übertragen.

Im Zusammenhang mit den Anträgen von SPD und UWG zur Renovierung des Stadions können wir diesen insofern zustimmen, dass die gemeinsam verabschiedete Resolution aus der Ratssitzung vom 29.09.2015 weiterhin Bestand hat. Eine Aufschlüsselung der veranschlagten Summe im kommenden Ausschuss für Sport- Freizeit und Kultur sehen wir nicht kritisch, eher hilfreich.

Für den Bereich **Personal** wird mit der heutigen Sitzung auch der Stellenplan 2016 verabschiedet. Ich sprach im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation anfangs schon die sehr gute Arbeit von Jugend- und Sozialamt an, vor allem die herausragenden Leistungen eines jeden Einzelnen. Durch die verstärkte Nachfrage im Kindertagesstätten- und Schulbereich, aber auch durch die Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber muss neues Personal eingestellt werden. Diese Kosten sind jetzt aktuell vorhanden und werden nicht durch Land und Bund ersetzt. Die Hoffnung auf einen zukünftigen Finanzausgleich hält sich bei mir aber auch sehr stark in Grenzen!! Da auch in den anderen Bereichen der Verwaltung weiteres Personal benötigt wird, sind wir in 2016 auf dem höchsten Personalstand seit über 10 Jahren. Diese steile Kurve, die in den letzten Jahren stetig nach oben zeigt, gilt es zumindest zu stoppen. Die Personalkosten müssen dringend im Auge gehalten werden

Abwasserbereich:

Ein weiterer Bereich, der jedes Jahr in der Diskussion steht, ist der Bereich des Abwasserbeseitigungsbetriebes. Immer wieder und schon seit vielen Jahren fordern wir die Abteilung auf, Konsolidierungsmaßnahmen aufzuzeigen und die Gebührenordnung nicht als Freifahrtsschein fürs Geldausgeben zu nutzen. Wir benötigen selbstverständlich eine gut funktionierende Abwassertechnik, allerdings sollte diese nach unserem Dafürhalten nicht vergoldet sein. Allein in den letzten beiden Jahren wurde immer wieder die Position „Sonst. Kanalsanierungen“ für den Bauausschuss gesperrt oder die angemeldete Summe von vorneherein gekürzt. So auch dieses Jahr.

Der Haushalt einer Kommune sollte nach Klarheit und Wahrheit aufgestellt werden.

So jedenfalls kenne ich seit vielen Jahren die Richtlinien für einen kommunalen Haushaltsplan. Jedoch ist diese Position scheinbar in den letzten Jahren immer wieder als Sparschuh oder Notgroschen angesehen worden. Das ist für mich nicht Klarheit und Wahrheit, vor allem, wenn uns auf Nachfrage bei der Verwaltung mitgeteilt wird, dass in 2014 eine geringe Summe von 3.166,00 € verausgabt wurde und für 2015 noch rein gar nichts beansprucht wurde. Daher unser Antrag, diese Summe zunächst einmal zu kürzen und dann auch zugunsten des Bauausschusses zu sperren.

Die anderen Punkte zum Abwasserbereich gehen in eine ähnliche Richtung. Wir müssen zukünftig darauf achten, dass wir nur noch die Investitionen tätigen, die unumgänglich sind. Die Anforderungen von der oberen Wasserbehörde, der Bezirksregierung oder auch von Wupper- und Aggerverband sind natürlich zu befolgen, aber die Aufgabe muss doch sein, mit geringst möglichen Mitteln die Auflagen der Behörden und Vereinigungen zu erfüllen. Manche Maßnahmen könnten ganz sicher auch zeitlich gestreckt werden, ohne gegen Gesetze zu verstoßen. Vorseilender Gehorsam wird hier nirgendwo verlangt. Kreativität heißt hier das Gebot der Stunde. Wipperfürth muss nicht immer die erste Gemeinde sein,

die alle Anforderung direkt und vom allerfeinsten umsetzt, es wird Übergangszeiten geben, die wir in Zukunft auch nutzen sollten, vor allem sollten diese in Zukunft auch dem Fachausschuss für die entsprechenden Mittelfreigabe vorgestellt werden.

Ein weiterer, immer wieder diskutierter Ausgabenbereich sind die

Schülerbeförderungskosten:

Jahr für Jahr stellen wir fest, dass unsere Schülerbeförderungskosten eine Dimension haben, die wir kaum noch bewältigen können. Seit Jahren werden die Kosten für Betriebsstoffe günstiger, wir allerdings zahlen gegenüber den Vertragspartnern immer mehr. Es muss dringend über die Verträge geschaut werden, ob diese noch aktuell sind und ob diese entsprechend angepasst werden können. Ebenfalls muss dargestellt werden, ob die Elternstattung in Höhe von 1.800,00 € jährlich dem tatsächlichen Aufwand für den freiwilligen Schülertransport noch entsprechen. Diese Summe scheint uns doch sehr gering. Abnehmende Schülerzahlen, bedingt durch den demographischen Wandel, dadurch geschlossene Schulen aber immer weiter steigende Beförderungskosten – das Verhältnis passt ganz und gar nicht. Hierzu erwarten wir eine genaue Aufstellung und Stellungnahme im kommenden Fachausschuss.

Zwei finanzträchtige Themen möchten wir ebenfalls durch Anträge zugunsten des Fachausschusses sperren: **Um- und Ausbau Antoniusgrundschule sowie Sanierung des Daches am Alten Seminar.**

Unter dem Begriff Lehrerzimmer an der Antoniusgrundschule diskutieren wir schon seit der HFA Sitzung im Mai 2015 und der Ratssitzung im Juni 2016 über die enormen Summen, die seitens des RGM angemeldet wurden. Hat man zwischenzeitlich auch eine Lösung gefunden das Lehrerzimmer für kleines Geld kurzfristig einzurichten, so ist es überaus verwunderlich das im Haushaltsplan für 2016 die Summen für den Umbau nach wie vor mit gut 1,1 Mio. € angemeldet wurden. Ich denke dem RGM ist spätestens in der Ratssitzung am 23.06.2015 seitens der CDU sehr deutlich gemacht worden, dass wir nicht gewillt sind diese Summe mitzutragen. Außerdem ist ausdrücklich verlangt worden, Alternativen für einen entsprechenden Ausbau vorzulegen. Nun sind mittlerweile 7 Monate vergangen und anstatt der im Juni veranschlagten 1.172.400,-- € meldet man nun immerhin eine Summe von 1.190.000,-- € an. Da stelle ich mir dann doch die Frage, wer hat hier was nicht verstanden? Dass dieses Thema auch von den anderen Fraktionen so gesehen wird, sieht man doch an den inhaltsgleichen Anträgen. Wir haben absolut kein Verständnis mehr für das Vorgehen des RGM. Summen anmelden und dann Aussitzen, das hat noch nie funktioniert. Mit dieser Trägheit gefährden Sie die Projekte, an denen Sie arbeiten. Wie schon beim Thema E.v.B. angemerkt, vergeuden Sie hier gute Zeit. Kommen Sie doch endlich mal mit Vorschlägen und Alternativen!

Ebenso beantragen wir die Sperrung der Dachsanierungsarbeiten am Alten Seminar. Auch hier muss dem Fachausschuss erst einmal die hohe Investitionssumme dargestellt werden. Sind die Sanierungsmaßnahmen in diesem Umfang unbedingt nötig oder gibt es auch preiswertere Varianten? Diese Fragen müssen doch zunächst einmal geklärt sein, bevor wir in die Umsetzung gehen. In diesem Zusammenhang stimmen wir dem Anliegen der SPD zu, den Bau eines Aufzuges sicherzustellen, denn es ist lange überfällig, dass auch die Bürgerinnen und Bürger mit Handycaps in die Ausschuss- und Ratssitzungen gelangen können, ebenso die Besucher der Stadtbücherei oder der Kämmerei.

Verwunderlich ist allerdings in allen Bereichen der Umbauarbeiten die ständig auftretende Summe für **Brandschutzmaßnahmen**. Es ist doch keinem vernünftig denkenden Menschen mehr klarzumachen, dass der Brandschutz grundsätzlich sehr viel teurer ist als die

eigentlichen Maßnahmen. Wie z.B. beim Fahrstuhl, der mit 150.000,- € veranschlagt ist, jedoch der Brandschutz ist mit zusätzlichen 230.000,-€ der größte Kostenfaktor. Oder bei der Antoniussschule, wo der Umbau selber 600.000,- € beträgt, aber eine zusätzliche Summe von 572.000,- € für den Brandschutz benötigt wird. So könnte ich noch viele Beispiele nennen, in denen der Brandschutz die Summen exorbitant nach oben treibt. Hier ist dringend angeraten, dass RGM und Bauverwaltung einmal überlegen, was nötig ist und was u.U. in Zukunft preiswerter umgesetzt werden kann.

Wenn wir diesen Abgleich nicht hinbekommen, werden diese hohen Investitionen in Zukunft nicht mehr möglich sein. Und nicht erst seit dem September 2012 dürfte jedem bekannt sein, dass wir einen enormen **Investitionsstau an den städtischen Gebäuden** zu verzeichnen haben. Dem Bauausschuss wurde in der Sitzung am 13.09.2012 eine Liste von auflaufenden Sanierungsarbeiten vorgelegt. Ab diesem Datum gibt es dann allerdings keine weiteren Informationen mehr, ob von dieser Liste bereits Arbeiten erledigt wurden, oder ob diese Liste jemals weitergeführt wurde. Hierzu beantragen wir, diesbezüglich bis zur Sommerpause ein Konzept vorzulegen. Die Zeit von 5 Monaten dürfte ausreichen, diese bereits vorgelegte Liste zu überarbeiten, zu vervollständigen und dann vor der Sommerpause mit allen beantragten Fragen dem Fachausschuss vorzulegen. Papier füllen reicht nicht, handeln ist gefragt!

Und wenn wir schon bei der Erstellung von Konzepten sind, so würden uns noch weitere Themen interessieren, die durch ein Konzept den Fachausschüssen vorgestellt werden sollen.

Zum einen beantragen wir ein Konzept zur **Konsolidierung der Friedhofsgebühren, sowie zur zukünftigen Gestaltung der Friedhöfe**. Die letzte Gebührenordnung für die Friedhöfe hat wieder einmal gezeigt, dass die Schere zwischen den Wahlgräbern und den alternativen Bestattungen, wie z.B. der Urnenbestattung so massiv auseinandergeht, dass hier dringend etwas geschehen muss. Ebenfalls ist es dringend erforderlich die zukünftige Gestaltung der Friedhöfe in Angriff zu nehmen, übrigens ein Thema dass schon seit der Friedhofsbereisung 2007/ 2008 immer wieder gefordert wird. Hier erwarten wir, und wie die Anträge der anderen Fraktionen zeigen, auch der mehrheitliche Rat, bis zur Sommerpause Vorschläge wie mögliche Veränderungen umsetzbar sind.

Ebenfalls werden wir die Verwaltung bitten, sich noch einmal Gedanken über die **Spielplätze** zu machen. Die Spielplätze werden nur noch auf einem Mindestmaß gehalten, Reparaturen werden wegen Geldmangels z.T. nicht durchgeführt und abgebaute Spielgeräte werden ebenfalls nur noch selten erneuert. Die Spielplätze sind für unsere Kinder gedacht und die wollen auf einem Spielplatz auf den Geräten spielen. Gerade für Familien mit Kindern wollen wir doch in Wipperfürth eine familienfreundliche Atmosphäre schaffen, und hierzu gehören auch vernünftige und ansprechende Spielplätze. Diese müssen in einem attraktiven Zustand sein und ich glaube, dass hier am falschen Ende gespart wird. Bereits das Kinder- und Jugendparlament der Stadt hat seinerzeit einmal eine Beurteilungsliste dem Bauausschuss vorgelegt, aber was ist daraus geworden? Wurde mit der Liste gearbeitet? Viele Fragen, die dringend erörtert werden sollten und die konzeptionell abgearbeitet werden müssen. Hierzu erbitten wir seitens der Verwaltung entsprechende Informationen in einem der nächsten Fachausschüsse, möglichst aber bis zur Sommerpause.

Da alle angedachten Einsparpotenziale leider nicht die Summen aufweisen, die zu einem Ausgleich des Haushaltes in 2020 führen werden und die Konsolidierungsliste der Verwaltung lediglich Erhöhungen von Steuern und Gebühren beinhaltet, müssen wir für die Zukunft versuchen Einnahmequellen zu generieren. Diese zu finden ist natürlich schwer.

Eine Einnahmequelle, von der unser Haushalt enorm abhängig ist, ist die **Gewerbesteuer**. Weitere Ansiedlungen von Industrie und Gewerbe wären ein wichtiges Element, solche Einnahmen über die Gewerbesteuer zu verbessern. Ein wichtiges, und von uns immer wieder gefordertes Thema sind daher die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten. Bereits in meiner ersten Haushaltsrede im Jahr 2010 habe ich schon neue Gewerbegebiete gefordert. Selbst die IHK sagt, dass von Beginn der Planungen bis zum ersten baureifen Grundstück auf einem solchen Gewerbegebiet mindestens 10 Jahre vergehen. Und leider müssen wir auch heute wieder feststellen: Bis heute ist noch nichts geschehen!! Unsere Gewerbegebiete sind voll und die paar Restgrundstücke leider nicht ausreichend für unsere Ansprüche. Daher nochmals die Aufforderung, setzen Sie alles daran das Gewerbegebiet Klingsiepen III in Angriff zu nehmen und setzen Sie es auf die oberste Prioritätenliste. Nutzen Sie die Möglichkeit, die zuletzt vorgestellte Variante einer Erschließung von Klingsiepen III über die zweite Anbindung von der B 506 zu ermöglichen und führen Sie die nötigen Gespräche mit den Eigentümern der erforderlichen Grundstücke. Die Zeit läuft uns bereits jetzt davon.

Zum Schluss meiner Rede, möchte ich aber nochmal auf die Haushaltsrede unseres Bürgermeisters kommen:

Zurzeit ist deutlich spürbar, dass das Verhältnis zwischen Bürgermeister und der Politik ziemlich angespannt ist. Hierzu sagen Sie in Ihrer Rede: **„Und ich reiche Ihnen die Hand, damit wir gemeinsam das Beste für unsere Stadt erreichen“**

Und genau das ist der springende Punkt: Gemeinsam das Beste für unsere Stadt erreichen, diese Prämisse sollten wir uns alle auf die Fahne schreiben und daher finde ich es gut dass Bürgermeister und CDU sich auf den Klausurberatungen über diese Dinge ausgetauscht haben. Wir, die CDU – Fraktion haben immer, ob mit oder ohne absoluter Mehrheit, die Interessen der Stadt im Auge gehabt und haben auch seit 2009, immer wieder die Zusammenarbeit dem Bürgermeister angeboten und auch praktiziert. Sie schreiben in Ihrer Rede: **„Da muss man drüber sprechen“**, diese Aufforderung sehen wir genauso, aber sprechen bzw. Kommunikation geht immer in zwei Richtungen. Wir, die CDU, haben Ihnen mehrfach und bieten Ihnen auch weiterhin unsere Loyalität und Gesprächsbereitschaft an, es liegt an Ihnen, ob Sie diese nutzen wollen. Auch die Einrichtung des Ältestenrates ist in unseren Augen ein Zeichen der Gesprächsbereitschaft, der Verteilung auf mehrere Schultern. Wenn einige unserer Ratskollegen das anders sehen, dann ist es letztlich in unseren Augen nicht konsequent, immer wieder von der erfolgreich funktionierenden Runde der Fraktionsvorsitzenden zu sprechen, eine Möglichkeit der qualitativen Verbesserung dieser Runde aber ablehnen. Mit dem Verzicht auf einen der Sitze, wie in der heutigen Ratsvorlage seitens der Verwaltung beschrieben, zeigen wir doch, dass es uns bei dem Ältestenrat absolut nicht um politische Machtstellungen geht, sondern mit dem Verzicht dokumentieren wir, dass wir auch die kleineren Fraktionen mitnehmen wollen. Und ich betone nochmals: Der Ältestenrat ist kein Entscheidungsträger und will auch nicht an der Öffentlichkeit vorbei Themen diskutieren, sondern es sollen Informationen und Gedanken zu gewissen Themen ausgetauscht werden. Diese können dann später im HFA oder auch im Rat öffentlich diskutiert werden. Die Anregungen den HFA als zweitwichtigsten Ausschuss aufzuwerten sind angebracht und wir sollten hieran dringend arbeiten.

Ich möchte Sie alle bitten, lassen Sie uns die gute gemeinsame Arbeit auch in den kommenden Jahren fortsetzen und an den Bürgermeister gerichtet: Nehmen Sie die Mitglieder des Rates mit, nehmen Sie den Rat und seine Anträge als obersten Souverän wahr und nehmen sie ihn ernst!!! Dann ist mir um das Wohl unserer schönen Stadt nicht bange. Wir können zusammen viel bewegen, aber eben nur zusammen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
Frank Mederlet**

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt bleibt die entscheidende Grundlage für kommunalpolitisches Handeln. Das Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt, nicht als Selbstzweck, sondern, um so viel als möglich an eigener Gestaltungsmöglichkeit, an eigenen Schwerpunktsetzungen des Rates, zu haben.

Es gilt die Balance zwischen Erfüllung gesetzlich verpflichtender Aufgaben, notwendigen Grundangeboten der Daseinsfürsorge und der Schwerpunktsetzung von Inhalten auf der Grundlage politischer Implikationen und einem politischen Verständnis von Steuerungswillen vor Ort, zu halten.

Die finanzielle Situation der Stadt insgesamt ist nicht einfacher geworden – wir sind am Limit – die überregionalen Rahmenbedingungen mögen je nach parteipolitischer Farbenlehre dabei anders gewichtet werden.

Für das Land NRW stelle ich erneut fest, dass das GFG Volumen, und damit der Finanzzufluss an die Städte und Gemeinden, nie höher war als derzeit. Das Verfassungsgericht hat übrigens das GFG und seine Verteilung (Stichwort Ifo und Fifo Gutachten) für Verfassungskonform erklärt. Zudem gibt es Einvernehmen zwischen der kommunalen Familie und der Rot/Grünen Regierung in den Bereichen der KiTa und Flüchtlingskosten Finanzierung, sowie der schulischen Inklusion.

Trotz gesteigener Unterstützung des Bundes für die Kommunen bleibt die berechtigte Forderung an den Bund deutlich mehr Kosten z.B. für Sozialausgaben zu übernehmen und den Kommunen im Ergebnis mehr finanzielle Entlastung zuteilwerden zu lassen und so vor Ort, nah bei den Menschen, mehr Gestaltung zu ermöglichen.

Mehr Geld für die Kommunen bedeutet: Geld für dringende Investitionen z.B. beim Sanierungsstau für städtische Gebäude und Infrastruktur. Dies schafft und erhält Arbeitsplätze und generiert neue Steuereinnahmen. Gerade vor dem Hintergrund sprudelnder Steuereinnahmen, übrigens auch durch die Investitionen der Städte und der Länder bei der Flüchtlingsunterbringung, könnte der Bund deutlich mehr Mittel für das Fundament der Demokratie, die Kommunen, zur Verfügung stellen.

Die „Schwarze Null“ als Monstranz vor sich her zu tragen, bedeutet am Ende einen schwachen Staat und den können sich nur Wohlhabende wünschen und leisten. Wer, wenn nicht der Bund, hat finanziellen Spielraum, auch mit Schuldenbremse.

Ich, wir von der SPD, wollen einen starken Staat, wollen starke Kommunen, die Geld in Dienstleistungen investieren, für die Daseinsfürsorge sowie Mobilität, Bildungsangebote, gute Schulen, ausreichend Kindertageseinrichtungen, qualifizierte Infrastruktur mit Straßen, Brücken, Wohnungen und Breitband für alle.

Lassen Sie mich nun konkret zu ein paar Wipperfürther Themen kommen.

Der herzliche Dank meiner Fraktion gilt zunächst den Beschäftigten der Verwaltung, die in schwierigen Zeiten, und dazu zählt auch der Ausfall von Mitarbeitern durch hohen Krankheitsstand, vieles bewirkt haben. Und nicht zuletzt deshalb ist es unverzichtbar, dass die Neu- und Wiederbesetzung von Stellen gemäß Stellenplan schnellstens erfolgt – im Sozialbereich, bei Bauen und Planen, und auch Kompensationen durch verstärkte Hilfen im Finanzbereich umgesetzt werden.

Ein besonderer Dank gilt vor allen dem Team von Uli Bürger und Frau Kamphuis, die hauptamtlich mit enormem Einsatz einen sehr wichtigen Beitrag zur menschenwürdigen Willkommenskultur, dem Miteinander von hier Wohnenden und Flüchtlingen, leisten.

Ebenfalls besonderen Dank und Anerkennung verdient der Chef der Finanzen Herbert Willms mit seinem Team. Respekt vor der Leistung und der stets verlässlichen und qualifizierten Unterstützung unserer ehrenamtlichen Arbeit, besonders bei den Haushaltsberatungen, trotz erheblichen Personaldefizits.

Die Unabdingbarkeit eines genehmigten HSK ist unumstrittene Maxime des Handelns von Rat und Verwaltung. Hierauf sind ja auch die Bemühungen der Kämmerei ausgerichtet. Die örtlichen Möglichkeiten, ein Mindestmaß an kommunaler Selbstständigkeit zu erhalten, ohne Jahr um Jahr die Hebesätze nach oben vorzuschlagen, sind nahezu ausgereizt. Es hat sich im Übrigen auch bestätigt, dass weder CDU noch Herr FDP aus ihrem Antrag Januar 2014, als sie so taten, als könne die Stadt auf Millionen Ausgaben verzichten und Kassenkredite entbehrlich machen, nichts geworden ist – weder vor der Wahl noch nach der Wahl gab es entsprechende (realistische) Vorschläge der Protagonisten. Ich kann das nachvollziehen, denn dann hätten CDU und FDP sagen müssen, was sie denn z.B. streichen wollten von dem eh schon sehr, sehr schmalen Budget freiwilliger Ausgaben. Solche Anträge sind daher Papiertiger, die niemandem nützen und den Haushalt nicht konsolidieren.

Es bleibt dabei, wer einsparen will, muss sagen wo und zu wessen Lasten und konkrete Vorschläge dann zur Abstimmung stellen und sich nicht hinter der Verwaltung verstecken oder ihr die alleinige Verantwortung zuschieben. Das gilt für den Haushalt wie für die Gebührenhaushalte.

Mit einem weiteren Zugriff in die allgemeine Rücklage von aktuell rund 5,3 Mio Euro erreichen wir den Haushaltsausgleich in der Perspektive bis 2020.

Natürlich müssen wir weiterhin Konsolidierungsmaßnahmen probieren. Mit Augenmaß und ohne hektischen Aktionismus ist und bleibt es eine ständige Aufgabe danach zu suchen, was noch besser, effizienter und effektiver gemacht werden kann. Aber wir sollten uns nichts vormachen – Verborgene Millionenpotentiale werden wir nicht finden.

Verschiedene vorliegende Anträge der Fraktionen, so auch der SPD, schlagen vor, noch einmal genauer im Fachausschuss hinzuschauen, welche investiven Maßnahmen im Bereich Straßen, Brücken, aber auch Kanälen auf einen längeren Zeitraum streckbar sein könnten und welcher Standard der Bauausführung zugrunde gelegt wird. In Zeiten knapper Kassen muss eben auch der Mindeststandard manchmal hinreichend sein können.

Ebenso wollen wir auch, dass die Prioritätenliste des Sanierungsbedarfs städtischer Immobilien von 2012 fortgeschrieben und eventuell auf der Grundlage fortgeschriebener Erkenntnisse (z.B. Umsetzung Klimaschutzplan), nach Ausschussberatung, nochmal neu justiert wird.

Lassen Sie mich weitere inhaltliche Themen ansprechen.

Ende des Jahres 2015 schien es ja fast so, als sei der Vorschlag von CDU und SPD, in Wipperfürth, wie in zahlreichen anderen Kommunen und Kreisen bereits seit Jahren existent, auch einen Ältestenrat einzuführen, DAS zentrale politische Thema.

Vorbemerkung: Mit „Beleidigt sein“ und „sich in die Schmollecke zurück ziehen“ auf einen Vorschlag zu reagieren, war auf Dauer noch nie der Schlüssel zum Erfolg Probleme zu lösen, und schon gar nicht Ausdruck von konstruktiver Kommunikation, Zusammenarbeit und schon gar nicht ein Zeichen von Souveränität.

Am 17. November wurde der Vorschlag eingebracht, am 18. November werden Sie, Herr Bürgermeister, in der BLZ mit der Aussage zitiert:

"Bürgermeister Michael von Rekowski begrüßt die Idee, auch wenn er vom Antrag überrascht wurde. Bei den vielen drängenden Themen – Flüchtlinge, Innenstadtkonzept, Stadtjubiläum, Schulen, Haushalt – sei Unterstützung willkommen. Kritisch sieht der Bürgermeister die Größe des Gremiums"

Es war klar, das Thema steht am 15.12. im Rat auf der Tagesordnung. Was geschah in der Zwischenzeit, in den 4 Wochen, an Aktivität desjenigen, der anscheinend Gesprächsbedarf hatte? Nichts. Lautet die Antwort.

Erst in der Sitzung am 15.12. meldete der Bürgermeister, ohne selbst einen Vorschlag in der Sache zu machen, an, den Antrag und somit den Beschluss verschieben zu wollen, obgleich der Antrag von CDU und SPD 4 Wochen öffentlich bekannt und entscheidungsreif war.

Sehr geehrter Herr von Rekowski, Ihr dann auf mich bezogener Versuch der Verunglimpfung meiner Person in dieser Debatte am 15.12. müssen Sie mit sich selbst ausmachen, ob Sie das für *einen* guten Umgangsstil und der Souveränität eines Bürgermeisters würdig halten und wie Sie Ihr Verhalten, insbesondere mit der *Glaubhaftigkeit* und Ernsthaftigkeit Ihres in der Sitzung wenige Minuten davor selbst postulierten „Handreichens an den Rat“ und der Hervorhebung der Wichtigkeit einer guten Beziehungsebene vereinbaren können?

Im Interesse eines respektvollen und sachorientierten Umgangs und Zusammenwirkens mit dem Rat, darf der Rat erwarten, dass Sie, wenn Sie als hauptberuflich tätiger Bürgermeister der Ansicht sind, etwas mit ehrenamtlich tätigen Ratsmitgliedern meinen klären zu müssen, auch wenn es um Anträge geht, in Zukunft die Zeit auch zwischen Sitzungen zur Kommunikation mit den Mitgliedern des Rates intensiver nutzen.

Weder die SPD Fraktion noch ich als Vorsitzender haben sich jemals Gesprächen verweigert, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft. Ihrem Gesprächswunsch, so hatte ich zugesagt, werden wir gerne nachkommen.

Davon unbeschadet sollte doch klar sein, dass jedem Ratsmitglied und jeder Fraktion das Recht zusteht, Anträge zu stellen und Initiativen zu starten, wann, egal mit wem und zu welchem Thema auch immer, und auch ohne diese Initiative vorher mit Ihnen, Herr von Rekowski, abzustimmen.

Die Rechtsgrundlage hierfür ist die Gemeindeordnung NRW. Dort ist die Rollen- und Aufgabenverteilung von Rat und Verwaltung normiert. Die Kenntnis von und die Anwendung dieses Rahmens ist auch als Grundlage für den respektvollen Umgang miteinander unentbehrlich.

Und ich will nicht verhehlen, dass ich es befremdlich finde, wenn Sie in Ihrer Weihnachtsbotschaft an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zuge des berechtigten Lobes an die Beschäftigten schreiben: Ich zitiere „...Wir haben uns weiterentwickelt ..mit begrenzten Personalressourcen

„und mit einem Stadtrat, der es uns nicht gerade leicht gemacht hat.“

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie mindestens den Eindruck erwecken, dass der „Rat Ihnen partiell „quasi ein Klotz am Bein ist“. Ich will nicht hoffen, dass so Ihr generelles Verständnis von kommunaler Demokratie ist, nach dem Motto, für das Gute ist der Bürgermeister zuständig, wenn`s genehm und rechtlich unausweichlich ist, ist der Rat zu beteiligen, ansonsten hat der Rat das Wirken des Bürgermeisters am besten kritiklos zu beklatschen. So steht das nicht in der Gemeindeordnung.

Ihre Bemerkung „Der Rat, der es Ihnen und der Verwaltung nicht leicht macht“, darf daher nicht unwidersprochen hingenommen werden. Was macht denn dieser Rat, der es „Ihnen und der Verwaltung angeblich nicht leicht macht“?

- > Dieser Rat hat Ihnen seit 2010 stets die Mehrheit für den Haushalt beschert – die Grundlagen allen kommunalen Handelns
- > Dieser Rat hat die Schul- und Bildungspolitischen Maßnahmen wie die Schließung von zwei Schulen sozial verträglich zu beschließen, das Projekt EvB-Ganztag und Folgerungen aus dem demographischen Wandel in die Wege zu leiten, stets konstruktiv und mit großer Solidarität diskutiert und beschlossen
- > Dieser Rat hat das InHK beschlossen und seitdem mehrfach begleitende Beschlüsse zur Fortsetzung des InHK bestätigt- auch mit Gegenwind aus der Bürgerschaft
- > Dieser Rat hat sich nicht verweigert die Hebesätze zu erhöhen und Jahr für die Gebührensatzungen neu zu fassen und
- > Dieser Rat trägt solidarisch das Flüchtlingsaufnahmemanagement mit.

Ich könnte noch zahlreiche weitere Beispiele für tatsächliches solidarisches Handeln des Rates mit der Verwaltung und dem Bürgermeister der Stadt Wipperfürth aufführen, will es aber zunächst bei diesen Beispielen belassen.

Aber unabhängig davon gehört es zur Demokratie dazu, dass wir uns als gewählte Ratsmitglieder kritisch in die Debatten einbringen. Auch zukünftig werden wir Sachverhalte hinterfragen und Anregungen und eigene Ideen zur Abstimmung stellen. Und dabei kann es auch vorkommen, dass der Rat oder Teile des Rates mitunter anderer Meinung in der Sache als Sie oder Teile der Verwaltung sind. Auch das ist kommunale Demokratie. Das kann ich Ihnen versprechen, wird auch in Zukunft so sein.

Das müssen Sie schon aushalten.

Und auch werden wir Sachverhalte ansprechen, wenn wir der Auffassung sind, dass nicht genügend informiert wurde. Die Nachfragen zum „angeblichen Kommunikationskonzept“ InHK sind ein Beispiel dafür. Ja, wir von der SPD halten es auch weiterhin für fragwürdig, wenn der Auftrag zum Kommunikationskonzept, was ja in Wirklichkeit auch gar kein Gesamtkonzept zur Kommunikation ist, ohne Ausschreibung erfolgte. Und offensichtlich liegt ja auch dem weiteren „sogenannten Imagefilm“ keine Ausschreibung zugrunde.

Das Thema werden wir in den Ausschüssen weiter sachlich aufgreifen – wir wollen zB wissen, was es denn nun für ein InHK-Öffentlichkeitsarbeitskonzept gibt und was die Ergebnisse des mfm-Auftrags für das InHK konkret bedeuten? Die Aufzählung erfolgter Maßnahmen ist ja noch kein Konzept.

Ich will keine Zweifel aufkommen lassen und bekräftige noch einmal ausdrücklich: Wir stehen an Ihrer Seite bei der Durchsetzung gefasster Beschlüsse.

Wir stehen nach wie vor zu den Beschlüssen betreffend InHK. Auch hier will ich mich bei Volker Barthel und seinem Team für den unermüdlichen Einsatz bedanken. Die Personaldecke ist auch hier am Limit; dennoch wird auch in Zukunft alles daran zu setzen sein, dass die Umsetzung des InHK reibungslos läuft, Ausschreibungen und Mittelabruf im zeitlichen Rahmen erfolgen. Das ist eine gesamtstädtische Aufgabe und nicht nur in der Verantwortung der Fachabteilung.

Der Umbau der Innenstadt mit seinen zahlreichen Faktoren ist und bleibt ein Gewinn für unsere Stadt. Die von einigen propagierte Scheinalternative „Nichts zu tun“ ließe Wipperfürth zurückfallen und schade der Stadt und unseren Bürgern. Das wäre eine unverantwortliche Antwort auch auf die Konkurrenz in Gummersbach und Remscheid und eben auch den weltweit agierenden Online Handel.

Wir sind fest überzeugt, dass das InHK auch den Einkaufsstandort Mittelzentrum Wipperfürth auf Dauer stärkt. Hauseigentümer, Geschäftstreibende, der organisierte Handel und die Stadt sind aktuell auch dazu aufgerufen, den Leerstand optimaler zu managen. Schaufensterfronten und -flächen können auch einladender optisch gestaltet und genutzt werden.

Auch mit dem bevorstehenden Erwerb des Radiumparkplatzes an der Dr.-Eugen-Kersting-Straße haben Rat und Verwaltung bewiesen, dass wir es ernst meinen mit der Stärkung der Innenstadt.

Und eine Anmerkung zum Thema Busbahnhof, weil Herr Scherkenbach, so tat, als müsse die Stadt nur einen Antrag stellen und schon klappt's – erkundigen Sie sich z.B. mal beim Kollegen Stefer, der im Regionalrat sitzt und weiß, wie das mit den Prioritäten ist. Natürlich müssen Bürgermeister und Verwaltung mit Bündnispartnern für eine Realisierungschance im Rahmen des InHK suchen. Müssen wir unsere Hausaufgaben in Sachen Planung machen. Es ist aber (noch) nicht Bestandteil der InHK-Förderung. Das entscheiden wir nicht alleine – wir brauchen Nahverkehrsverbund, die regionale Unterstützung und den der übergeordneten Parteienvertreter. Da müssen viele mithelfen.

Lassen Sie uns gemeinsam diese Chance mit der Bevölkerung und dem Handel nutzen.

Wir nehmen natürlich die Sorgen von Händlern und Bürgern ernst. Nehmen Sie uns ab, dass wir die STÄRKUNG des Standortes Wipperfürth im Blick haben und nicht seine „BERDIGUNG“. Rat und Verwaltung haben immer „gesagt, was wir tun“ und nun „tun wir was wir sagen“. Verlässlichkeit in der Politik wird immer eingefordert. Wir handeln parteiübergreifend danach.

Unsere Stadt braucht Veränderung, um im Wettbewerb der Nachbarstädte bestehen zu können – Unsere Stadt braucht dazu auch einen starken, aktiven, innovativen und geschlossen agierenden Einzelhandel, egal ob organisiert oder nicht.

Einen Einzelhandel, der zum Beispiel originelle Marketingkonzepte entwickelt und verlässliche Ladenöffnungszeiten vereinbart. Der Weihnachtsmarkt 2015 ist als positives Beispiel nochmals lobend zu erwähnen.

Einen Einzelhandel, der der Kundschaft gegenüber Optimismus und Zuversicht ausstrahlt und sich auf seine Stärken qualitativer Angebote besinnt.

Insbesondere die Menschen aus der eigenen Stadt, so sagt es zumindest das gültige Einzelhandelsgutachten für Wipperfürth, sind die Hauptkunden der Wipperfürther Geschäfte. Sie gilt es insbesondere als Stammkunden zu halten.

Ich bin zuversichtlich, dass der Wipperfürther Einzelhandel und die Bevölkerung die Notwendigkeit in die Veränderung erkannt haben. Oder um es mit Albert Einstein zu sagen:

„Die reinste Form des Wahnsinn ist's, zu glauben, alles beim alten zu belassen, und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert“ (Albert Einstein 1934)

Wir haben eine wunderschöne Stadt. Es lohnt sich, in unsere Stadt zu investieren. Was das Thema „**Sauberkeit**“ angeht, wollen wir, dass wir alle noch einmal auf den Stand der Fakten gebracht werden. Auf der Grundlagen von Fakten soll dann entschieden werden, ob der Bauhof z.B. seine Aufgabenwahrnehmung in Punkto Reinigung intensivieren sollte. Ich verweise auf unseren Antrag.

Außer dem InHK haben wir in der Stadtentwicklung aber auch die dörflichen Strukturen im Auge zu behalten. Der gültige FNP mit seinen Fachbeiträgen ist hier die Richtschnur. Wir müssen weiter diskutieren, ob und wie eine Art „**Integriertes Handlungskonzept Dörfer**“ in Zukunft angegangen werden kann? Zum Erhalt der dörflichen Infrastruktur ist dieses Themenspektrum insofern auch von Bedeutung.

Die Infrastruktur muss stimmen.

Wir erwarten, dass wir in Klingsiepen hinsichtlich **der Entwicklung der Gewerbeflächen** vorankommen. Aber natürlich müssen dann die Grundlagen stimmen, müssen auch die Grundstückseigentümer der Stadt helfen und bereit sein zum Flächenverkauf. Wir müssen alles darauf ausrichten, dass wir loslegen können, wenn wir über die Flächen verfügen können. Liegenschaften, Planung, Finanzen, Behördenabstimmung – das muss alles zusammenpassen.

Ich kann mich noch daran erinnern, als die CDU Vorschläge der SPD in Sachen „Lokaler Wirtschaftspolitik“ verlachte und Initiativen für Gewerbeflächenvorratspolitik niederstimmte. Zugegeben vor Ihrer Zeit, Herr Kollege Scherkenbach. Unstrittig ist in Rat und Verwaltung, dass Klingsiepen vorankommen muss.

Wir wollen, dass der **Breitbandausbau in 2016** große Fortschritte macht und beantragen daher auch, zu prüfen, was möglicherweise auch über den Kreis von seinen Bundesmitteln in den Kreinsnorden hierfür weiter geleitet werden kann.

Und auch müssen wir im Blick haben, dass in Wipperfürth ein **hinreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung** steht. Wir wollen, dass die Stadt koordinierend tätig wird und auslotet, welche **Partner für Sozialen Wohnungsbau** zu gewinnen sind. Der städtische Bestand ist hierbei einzubeziehen.

Eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum ist eben auch attraktiv für den Zuzug von Menschen.

Wipperfürth hat Perspektiven und Potentiale für Leben, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen in unserer Stadt.

Familienfreundlichkeit als Markenkern weiter entwickeln: Kein Kind zurück lassen – Familien / Seniorengerechte Stadt

Für eine positive Perspektive unserer Stadt hält die SPD-Fraktion insbesondere die Weiterentwicklung Wipperfürths als Familienfreundliche Stadt für einen bedeutenden Markenkern

unseres politischen Handelns. Wir regen an zu prüfen, was wir tun können, um uns als „Familiengerechte Kommune“ zu entwickeln und zertifizieren zu lassen.

Ich sag Ihnen ganz ehrlich, das politische Ziel der SPD bleibt es, eine gebührenfreie KiTa ebenso zu verwirklichen wie gebührenfreie OGS. Dazu gehört auch die Rückkehr zur Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder als Zwischenschritt. Das können wir als Kommune nicht alles alleine, dazu brauchen wir Land und Bund. Aber Bildung muss von Kleinauf an barrierefrei, auch in finanzieller Hinsicht, sein.

Wir freuen uns, dass nunmehr viele Jahre später bei der Ratsmehrheit und auch dem Bürgermeister mit seiner Verwaltung Einsicht eingekehrt ist und den Trägern von OGS Angeboten 100% des Landeszuschusses rückwirkend gezahlt wird. Das Geld war von Anfang an nicht für den Allgemeinen Haushalt gedacht, sondern vielmehr für ein qualifiziertes breites Angebotsspektrum für die Kinder in der OGS.

Und für uns ist auch selbstverständlich, dass die weitere, von SPD/Grüne in NRW beschlossene, Erhöhung der **OGS-Zuschüsse** in 2016 1 : 1 in die Bildungsarbeit in der OGS weiter zu geben ist.

Wir müssen attraktive Angebote für Familien mit Kindern von Geburt an organisieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denen zu ermöglichen, die es wollen. Hierzu gehört Tagesmutternetzwerk ebenso wie institutionelle Einrichtungen von Trägern.

Wipperfürth ist Schulstadt. Und nach unserem Willen soll der Schulstandort Wipperfürth auch weiterhin zum Markenkern unserer Stadt gehören. Ja, das kostet viel Geld. Für Gebäude, für Ausstattung und auch für Beförderungskosten. Diesem Thema werden wir uns im Schulausschuss im März erneut widmen. Hier scheint es Potential zur Einsparung zu geben, und auch ist der Auftragnehmer/OVAG gefordert, die Stadt an den derzeit niedrigen Spritpreisen profitieren zu lassen.

Im **Primarbereich** gilt der **Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“**. Wir sind aktuell so aufgestellt, dass die Haupt- und Teilstandorte gesichert sind. Eltern müssen sich auf unsere Beschlüsse verlassen können.

Aber auch in Zukunft gilt, dass der Elternwille die entscheidende Stellschraube ist. Hinzu kommt auch das qualifizierte Über-Mittag-Angebot. Ob OGS oder Unterarten davon – der Elternwunsch an qualifizierten Angeboten nach Schulschluss in der Schule bleibt nachhaltig und deshalb werden wir uns auch im Schulausschuss weiterhin intensiv den Bedarfen und der Realisierung bedarfsgerechter Angebote widmen.

Was die Frage der Beschulung von Flüchtlingskindern betrifft, werden wir in der Schulausschusssitzung im März das Thema auf die Tagesordnung setzen. Berufskolleg, Haupt- und Realschule werden **Vorbereitungsklassen** einrichten wollen. Was die beste Lösung, auch unter Integrationsaspekten, für den Grundschulbereich ist, immerhin geht es hier um 45 Kinder und mehr, werden wir dann diskutieren.

Bezüglich des Raumbedarfs gibt es für die **Antoniuschule** betreffend Lehrerzimmer eine Zwischenlösung.

Bevor in 2017 folgende dann größere Baumaßnahmen in Angriff genommen werden, 1,1 Mio Euro sind hier veranschlagt, wollen wir, dass Schul- und Bauausschuss konkret von der Verwaltung informiert werden und erst dann entschieden wird. Wir von der SPD wollen, dass bei solchen Investitionen mehr heraus kommt als nur ein Lehrerzimmer. Synergien für das Raumangebot der Schule insgesamt oder auch für den Raumbedarf der OGS müssen in die Überlegungen VOR der Auftragserteilung zur Planung einfließen.

Bei dieser Gelegenheit: Was die Dienstleistung des RGM gegenüber dem Rat angeht, ist reichlich Luft nach oben – sowohl was Inhalte als auch, was Geschwindigkeit angeht. Herr von Rekowski und Herr Klewinghaus, das muss besser werden. Nehmen Sie das Beispiel Antoniusschule – hier ist der Vorlauf nahezu ein Jahr.

Im **Sekundarbereich** haben wir von SPD-Fraktion von Anfang an den gebundenen Ganztagsbetrieb am EvB anzugehen für eine geeignete Maßnahme zur Stärkung und Profilierung des Schulstandort Wipperfürth unterstützt. Das ist eine nachhaltige Investition und eben eine Priorität kommunaler Selbstverwaltung, die WIR selbst entschieden habe. Wir von der SPD wollen den Ganzttag.

Eine deutliche Mehrheit des Stadtrates hat den Grundsatzbeschluss gefasst. Der Fahrplan, was ,von wem zu tun ist, ist eindeutig. Das hat der Rat nach Vorbereitung im Schulausschuss im Januar 2015 beschlossen.

Ein Ganztagsgymnasium ist die richtige Antwort auf die steigende Nachfrage von Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schule, Kollegium, Schüler und die Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass gefasste Beschlüsse des Rates gelten und nicht beliebig geändert. Hierbei muss sich auch der Bürgermeister auf seinen Rat zuverlässig verlassen können. Politisches Harakiri, ein politische Pirouette bis zum schwindelig werden, schadet der Stadt, dem Bürgermeister und der Schule. Neue Beschlüsse brauchen wir nicht. Der Rahmen ist klar abgesteckt. Im Übrigen empfehle ich, sich sachkundig zu machen hinsichtlich der Auswirkung für die GFG-Zahlung betreffend Schüleransatz an die Stadt
Ganzttag/Halbttagsschüler.

Der Ganzttag am EvB profiliert die Schule eindeutig, auch in der regionalen Bildungslandschaft. Wenn zB das St Angela Gymnasium andere Angebote macht, mitunter auch die Wahlmöglichkeiten G 8 oder G9 eröffnet, so ist das auch eine Bereicherung. Und das Angebot am EvB zeigt dann ein anderes Profil und Angebot für die jungen Menschen.

Wir als städtischer Schulträger müssen natürlich die Entwicklungen um uns herum im Blick haben, um dann auch rechtzeitig die richtigen Schlüsse für die Zukunft vom Schulzentrum Mühlenberg mit Haupt-und Realschule treffen zu können. Die Chancen der Kooperation, der Vernetzung, der Durchlässigkeit und der pädagogischen Vielfaltigkeit sind an diesem Standort zu nutzen.

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung in diesem Jahr nun endlich „liefert“ und wir das breite Themenfeld der Inklusion, eben nicht nur schulische Inklusion, angehen.

Zusammenhalt der Gesellschaft - Ehrenamt bleibt der Kit gesellschaftlichen – Willkommenskultur

Ohne Ehrenamt wäre alles andere nichts in der kommunalen Gemeinschaft. Das ehrenamtliche Engagement der vielen Männer und Frauen unserer Stadt bleiben DAS Fundament für unser Zusammenleben. Ihr Wirken ist der „Mörtel der unsere Gesellschaft verbindet und zusammen hält“. Kein Haushalt wäre jemals ausgeglichen gäbe es die Ehrenamtlichen nicht. Das ist gesellschaftliche Wertschöpfung zum Nutzen aller.

Und gerade in der jetzigen Zeit, wo auch unsere Stadt vor der enormen Aufgabe der Aufnahme mehrerer hundert Flüchtlinge steht und stand, ist der unermüdliche Einsatz der Ehrenamtlichen unbezahlbar.

Die Ehrenamtlichen von WippAsyl, hier sei stellvertretend besonders die Kollegin Regina Billstein erwähnt, den Kirchen, der Caritas, dem Kolpingverein, dem Haus der Familie und viele andere stoßen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die im Stellenplan vorgesehenen Stellen für Sozialarbeit, Koordination und Unterstützung schnellstens besetzt werden und wir es uns offen halten im Bedarfsfall auch nach zu justieren.

Das Engagement der Ehrenamtlichen ist unbezahlbar für den Zusammenhalt und das friedliche Miteinander in unserer Gesellschaft – Denn wir brauchen das Verständnis der Menschen, die schon hier leben, ebenso wie die Bereitschaft derjenigen, die hierher kommen, sich mit unserer Kultur und unseren Spielregeln vertraut zu machen. Bei diesem Prozess sind die Ehrenamtlichen unentbehrlich.

Die Hilfs- und Spendenbereitschaft der Wipperfürth und die Ehrenamtlichen, mit hauptamtlicher Unterstützung, erleichtern in besonderer Weise eine menschliche Willkommenskultur in Wipperfürth zu ermöglichen. Dafür Dank und Anerkennung.

Ich will zum Schluss kommen.

Der Haushalt 2016 weist mit einer Vielzahl an begonnenen Projekten und dem Start neuer Ideen und Vorhaben in die richtige Richtung. Er gibt eine Perspektive für die kommenden Jahre, um den Standort Wipperfürth als Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Wohlfühlstadt zu stärken.

Für die SPD-Fraktion stelle ich fest, dass der Haushalt eine gute Basis ist, die Aufgaben im laufenden Jahr zu bewältigen.

„Ohne Illusionen, aber mit Zuversicht“ sollten wir unsere Arbeit fortsetzen. Der Rat und der Bürgermeister mit seiner Verwaltung.

Wir haben Zuversicht in eine sich weiter positiv entwickelnde Stadt, die sich darauf freut, in 2017 Gastgeber des Hansetags zu sein und die sich darauf freut, mit den Menschen aus Nah und Fern zu feiern und sich in bester Verfassung zu zeigen bei ihrem 800. Geburtstag.

Das gemeinsam Erarbeitete und Erreichte kann sich sehen lassen.

Wir in Wipperfürth sind dann stark, wenn wir als „Wipperfürth Fraktion“ an einem Strang, in dieselbe Richtung gezogen haben.

Natürlich muss und soll es dabei auch weiterhin den demokratischen Wettstreit um die besten Ideen geben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hierzu gerne auch weiterhin bereit und freuen uns auf konstruktive Debatten. Der Wettbewerb um die besten und kreativsten Ideen dient dem Wohl der gesamten Stadt.

In diesem Sinne empfehle ich nochmals die Zustimmung zu den Anträgen der SPD-Fraktion und werbe für eine breite Zustimmung zum eingebrachten Haushalt 2016.

Und bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der UWG-Fraktion
Harald Koppelberg**

„Alles beim Alten“,
so könnte der Kommentar nach Durchsicht des Haushaltsbuches 2016 der Hansestadt Wipperfürth sein.
Seit Jahren sprechen wir von Schulden, die es gilt abzubauen.
Sonst verlieren wir unsere Selbstverwaltung und scheitern auch beim Bürger.
Bei all unseren Konsolidierungsmaßnahmen und Steueranpassungen erfahren wir immer weitere und neue Aufgaben mit erheblichen Kostenlasten.
Eine Entwicklung die wir als Kommune nicht beherrschen.
Wir können lediglich die Auswirkungen bekämpfen.
Der Bürger erwartet von uns, dass Wipperfürth lebt und sich den Herausforderungen stellt.
Dies geht aber nicht zum Nulltarif.

So ist unsere gemeinsame Entscheidung zum InHK richtig. Auch wenn einige Mitbürger nicht müde werde, um diese kostenintensive Entscheidung zu torpedieren.

Aber nur mal zur Erinnerung, gab es das gleiche Aufbäumen gegen die Sanierung des WLS-Bades, gibt es Kritik zur Dachsanierung von 1,2 Mio für das Alte Seminar, oder die über 6Mio für den Ganztagsbetrieb E.v.B.?

Sie sehen, ob freiwillige Kosten oder Pflichtausgaben, Wipperfürth bewegt viele Millionen.

Die Frage, die wir uns immer wieder stellen müssen: „Sind diese Kosten gerechtfertigt?“
Und bei dieser Fragestellung haben auch wir hier im Rat unterschiedliche Bewertungen, was einem parlamentarischen Gremium wie dem Rat auch zu steht.

So lehnt die UWG weiterhin die Ausgaben von über 6Mio für den Ganztagsbetrieb E.v.B. aus Kostengründen ab.

Welche Lösung zu unserem jährlichen Defizit gibt es?
Ein strikter Sparkurs wird schnell zur Diskussion gestellt.

Doch was wären die Auswirkungen:

KEINE Bücherei

KEINE Musikschule

KEIN Hallenbad

KEINE Weiterentwicklung unserer Stadt

Resultat die Stadt Wipperfürth verliert an Attraktivität und verliert in Folge weitere Mitbürger.

Der Exitus wäre programmiert.

Solch eine Lösung kann keiner wollen.

Wir müssen daher das Wichtige und Notwendige von den Wünschen trennen.

Hierbei sind wir alle gefordert, immer wieder neu zu bestimmen, welche Mehrausgaben unvermeidbar sind.

Unvermeidbar sind auch die Ausgaben im sozialen Bereich, ob es die Jugendhilfe ist, oder aber die steigenden Ausgaben zum Thema Flüchtlinge.

Diese Ausgaben werden langfristig allen zu Gute kommen.

Was ist noch auffallend im HS 2016?

Wie schaffen wir die Konsolidierung aus heutiger Sicht?

Erwähnenswert sind da die Steueranhebungen in 2017 und 2019. Mit dem heutigen JA wird auch dieser Fahrplan geebnet.

Bemerkenswert sind die Kosten in der Sanierung von Straßen, Brücken und Gebäuden!:

z.B. Antoniuschule

Feuerwehrgerätehaus Wipperfeld

Gemeindestraßen

Dachsanierung Altes Seminar

Maßnahmen die zwar hohe Kosten haben, aber auch gleichzeitig das Anlagenvermögen wieder aufwerten.

Der Haushalt 2016 zeigt in Summe viele Ausgaben die aus Sachzwängen gesteuert sind.

Die Zeiten von Wunschkonzerten ist eigentlich vorbei.

Wir könnten daher dem Haushalt 2016 zustimmen, wenn es da nicht das Projekt Ganztagsbetrieb E.v.B. und deren Investitionskosten in Millionenhöhe gäbe.

Wir beantragen daher die Einstellung dieses Projektes, da die Gesamtkostenschätzung von über 6Mio € dem Bürger gegenüber nicht zu verantworten sind.

Zum Schluss möchte ich im Namen der UWG mich bei allen ehrenamtlich Aktiven, ob in der Feuerwehr, der Sportvereine, der Sozialverbänden und der Hilfe in der Flüchtlingsfrage bedanken.

Ohne diese Bereitschaft wäre unsere Lebensgemeinschaft schon längst gescheitert.

Bedanken möchte wir uns bei der Verwaltung, dem Bürgermeister von Rekowski, dem Stadtkämmerer Herrn Wilms und allen anderen Fachleuten, die uns in der Vergangenheit und in der Beratung zum Haushalt mit Informationen und Hintergründen zur Seite gestanden haben.

Wir können alle im Rat beteiligten Akteure nur auffordern, besonnen zu handeln, wenn es um die Zukunft und um weitere Mehrkosten geht.

Wir wünschen Ihnen und uns eine konstruktive Zeit und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

H.Koppelberg

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Andreas Schmitz**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen aus Rat und Verwaltung,

zu Beginn möchte ich meinen Dank aussprechen. Zum einen für die Arbeit der Verwaltung, die in Zeiten hoher Krankenstände und der Herausforderung humanitäre Hilfe leisten zu müssen und zu wollen sehr gute Arbeit geleistet hat. Ausnahmsweise möchte ich dabei eine Person mal herausgreifen, weil sich hier jemand seit Jahren in vielfältigen Themen massiv eingearbeitet hat und dabei gleichzeitig erhebliche Verantwortung schultern muss. Frau Kamphuis, auch wenn Meinungsverschiedenheiten nicht vermeidbar sind, so zeige ich doch meinen Respekt für die fachliche und auch beispielsweise kommunikative Kompetenz, die uns gut tut. Danke auch all denjenigen, die ehrenamtlich bis zum Anschlag ihren Idealen einer freiheitlichen, aber auch humanistischen und christlichen Lebensauffassung gefolgt und treu geblieben sind. Hier können sich einige Bundespolitiker eine Scheibe abschneiden, die lediglich von Grundwerten schwadronieren, aber den eigenen Kompass längst abgelegt haben. Von Wipp Asyl mit Regina Bielstein und ihren Mitstreiterinnen bis zu jedem einzelnen Paten, der sich auf die Seite hilfesuchender Menschen gestellt hat. Vielen Dank dafür.

Hier und heute liegt der Haushalt vor und ich möchte die aus grüner Sicht Grundvoraussetzungen für eine Gesundheit unseres kommunalen Haushalts darstellen. Anschließend erlaube ich mir auch einige weitere inhaltliche Schwerpunkte unserer grünen Arbeit hier vor Ort zu skizzieren. Leider kann ich nicht auf alles eingehen.

Erste Grundvoraussetzung

Erste Grundvoraussetzung ist in der Art und Weise der Aufstellung, der Vorberatung, des Controllings und der mittelfristigen Verstetigung des Haushalts zu sehen: Hilfreich wäre die Erarbeitung der wesentlichen Eckpunkte, Ziele, Kennzahlen der einzelnen Budgets in den zuständigen Fachausschüssen. Dies müssten dann unterjährige öffentliche Sondersitzungen sein, die die Beschlüsse in den vorhergehenden Ausschusssitzungen in ihren Auswirkungen auf den Haushalt feststellen und ggfs. noch verändern können. – Aus grüner Sicht ist es unsachgemäß und nicht zielführend, wenn jetzt von Seiten der Verwaltung dieses Buch vorgelegt wird und die Fraktionen plötzlich Konzepte einfordern, die man lange hätte vorberaten müssen. Schließlich sollen wir heute hier diesen Haushalt beschließen. Die Beantragung von Konzepten hat aber erhebliche Auswirkungen auf diesen zu beschließenden Entwurf.

Das schon im letzten Jahr vom Rat beschlossene Controlling und eine bürgerfreundliche Information über die Strukturen des Haushalts beantragen wir heute nochmal mit einer Fristsetzung. Ich kenne die personellen Sorgen der Kämmerei. Hier handelt es sich jedoch um eine Schlüsselfrage in Hinsicht auf eine verbesserte Haushaltssteuerung. Ich möchte nicht nur den Bürger informieren, sondern auch ein Stück weit in die Pflicht nehmen. Haushaltskonsolidierung kann aus meiner Sicht nur mit dem Bürger funktionieren.

Das Controlling darf keine Alibi-Veranstaltung sein, sondern muss zum einen innerhalb der Verwaltung als Führungsaufgabe verstanden werden, um die Budgets über klar formulierte Ziele und Handlungsanweisungen zu steuern. Das Controlling für die Politik muss allerdings etwas anderes sein. Hier bedarf es endlich verbindlicher Zielvereinbarungen zwischen Ver-

waltung, Rat und unter Einbindung der Öffentlichkeit als Kontrollinstanz. Was wir beispielsweise für 2016 und in der mittelfristigen Finanzplanung weiterführend festlegen, muss über die Jahre verbindlich gesteuert werden. Wenn wir z.B. 2017 plötzlich vor neue Herausforderungen gestellt werden, dann müssen wir die weiteren Jahre so umgestalten, dass die mittelfristige Planung eingehalten wird. Controlling ist nicht der Blick in die Vergangenheit, sondern das Steuern des Haushalts auf vereinbarte Ziele. Keine Ziele, keine Steuerung. Ganz einfach.

Eine mittelfristige Verstetigung ist etwas, was jeder private Haushalt auch machen muss. Wenn ich die groben finanziellen Belastungen der Folgejahre kenne, beispielsweise die zu erwartende Sanierung des eigenen Daches oder der Zentralheizung, dann muss ich hierfür Mittel vorsehen und vor allem diesen Plan fortschreibend steuern. Wenn die Ziele ernstgemeint sind, dann muss man für diesen mittelfristigen Zeitraum Disziplin einfordern. Dann kann man eben nicht eine Weltreise einplanen. So geschieht es leider häufig im kommunalen Zusammenhang. Wir brauchen mehr Ernsthaftigkeit bei der Realisierung von Plänen und der strategischen Ausrichtung.

Zweite Grundvoraussetzung

Zweite Grundvoraussetzung ist die Übernahme der Verantwortung durch die Politik und die damit verbundene zwingend notwendige Beschränkung auf festzusetzende Prioritäten. – Wer z.B. damals für den Erhalt des WLS-Bades gestimmt hat, wer begriffen hat, dass eine millionenschwere Sanierung der Mühlenberghalle unumgänglich war und deshalb zugestimmt hatte, wer dem InHK zugestimmt hat, der hat einfach seriös keinerlei weiteren Spielräume z.B. für einen Ganztags EvB als Standardausweitung im Schulsektor, der sowohl strategisch nicht in die Schullandschaft passt, wir denken an die sich anbahnenden Veränderungen auf dem Mühlenberg, als auch eine sehr geringe Nachfrage erzeugt hat. Zumindest muss der Neubau überdacht werden. Hierzu verweise ich auf unseren Antrag dazu. Sanierung ja, Neubau nein. Das ist jedenfalls grüne Priorität.

Laut Verwaltung haben wir einen aufgelaufenen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf über die Jahre, der uns die nächsten zehn Jahre mühelos den vorhandenen Finanzrahmen ausschöpfen ließe. Wer heute notwendige Maßnahmen verschiebt, der nimmt deutlich höhere Aufwendungen in der Zukunft in Kauf. Baukosten steigen und Betriebskosten werden nach menschlichem Ermessen steigen. Eine Haushaltsführung auf Verschleiß und Inkaufnahme dieser Folgen lehnen wir Grüne ab. Wir brauchen jedes Jahr im Minimum 800.000 € für dringend notwendige Maßnahmen. Auf diesen Substanzerhalt haben vor allem die Kinder und Jugendlichen einen Anspruch.

Deshalb beantragen wir, dass das RGM die Umsetzung der bereits in 2012 vorgelegten Prioritätenliste zur Sanierung und Modernisierung von städtischen Gebäuden im Kern so fortführt bzw. umsetzt. Schwerpunkte sollen zunächst die Objekte und Maßnahmen sein, die zum einen die Grundschulen und die weiterführenden Schulen betreffen. Dabei wiederum zum anderen werden Maßnahmen, die die Betriebskosten nachvollziehbar senken können vorgezogen. Für eine intelligente Verknüpfung von Sanierung und Klimaschutz bitten wir Grüne um Zustimmung.

Julia Klöckner, die Kandidatin der CDU in Rheinland-Pfalz hat an dieser Stelle bezüglich der Flüchtlingsproblematik ausnahmsweise Mal was Richtiges gesagt: „Einfach mal den Mund halten...“ Was man sich bei Leuten wie de Maizière oder Seehofer wirklich wünschen würde, gilt auch für Wipperfürth. Wer die oben genannten Entscheidungen der letzten Jahre mit getroffen hat und Sanierung und Modernisierung als Aufgabe der Stadt und nicht der Eltern von Grundschulkindern ansieht, der wird jetzt die nächsten Jahre „den Mund halten“. Es werden ohnehin wieder neue Belastungen von Bund und Land kommen. Es wäre ein Wunder, wenn nicht. – An dieser Stelle verweise ich auf das sehr große Zinsrisiko der Stadt Wipperfürth. Wir finanzieren seit Jahren langfristige Investitionen mit kurzfristigen Kassenkrediten. Die Umschuldungen werden uns teuer zu stehen kommen. - Aus diesem Grund können wir uns eine weitere Zustimmung zu den folgenden Haushalten nicht mehr vorstellen, solange wir diese Politik hier so betreiben.

Ja, wir Grüne stehen weiterhin hinter dem aufwändigen InHK (hierzu später mehr) und wir stehen zu unserer Verantwortung in Bezug auf die Menschen, die zu uns kommen. Deshalb fordern wir auch die Verwaltung auf, den Blick auf die Integrationsaufgabe aktiv zu richten. Alles andere wäre tatsächlich zum Schaden aller. Die betroffenen Menschen, aber auch wir als Wipperfürtherinnen und Wipperfürther, die von diesen Menschen etwas erwarten wollen und auch können, brauchen konstruktive Arbeit und kein populistisches Geschwafel der Zeitgeister. Etwa ein Drittel der Flüchtlinge in Wipperfürth sind Kinder und Jugendliche, aber vor allem Kinder. Deshalb regen wir an, die Schließung der Wipper-Schule zu überdenken. Natürlich kann diese nicht sämtliche Kinder von Eltern mit Bleiberecht aufnehmen. Aber wir können aus meiner Sicht auf diese Kapazitäten nicht verzichten, zumal es ohnehin ein durchaus erhebliches Potential an Kindern der Eltern vor Ort noch gibt. Statt einer Unterbringung von erwachsenen Flüchtlingen in diesem Gebäude, brauchen wir hier die Kapazitäten für die Herausforderung, zu erziehen, auszubilden und zu integrieren.

Dritte Grundvoraussetzung

Die dritte Grundvoraussetzung werden wir Grüne hier und heute ebenfalls mit einem konkreten Antrag versehen: Wenn ich oben beklage, und das tun regelmäßig auch die Kollegen Scherkenbach und Mederlet, dass die Kommunen in Deutschland sowohl von Bund als auch vom Land unterfinanziert werden, dann muss das irgendwann Konsequenzen haben. Die bundes- und landespolitisch verantwortlichen Parteien SPD, CDU und wir Grüne haben jetzt die Parteistrukturen so zu nutzen und in Bewegung zu versetzen, dass endlich Lösungen geschaffen werden. Vor allem die Große Koalition im Bund steht in der Schuld. Sie können mit Ihrer politischen Kraft unser Grundproblem lösen: Die Folgen vieler Reformen und neuer Standards hier vor Ort endlich auskömmlich zu finanzieren. Alleine in das Projekt der Verbesserung der Kinderbetreuung in Wipperfürth haben wir aus eigenen Mitteln, die wir eben nicht haben, gut 1,2 Mio. € investiert. Die Finanzierung der Unterbringungskosten von Arbeitslosengeld II -Empfänger überfordert uns massiv. Die Streichung von sog. „Regionalisierungsmitteln“ des Bundes belastet besonders ländliche Kommunen wie unsere. Liebe Kollegen von CDU und SPD sorgen Sie dafür, dass jetzt die notwendigen Entscheidungen in Berlin getroffen werden. Wofür hat Oberberg zwei Bundestagsabgeordnete? Frau Engelmeier-Heite und Herr Flosbach sind gefordert. Besuch aus Oberberg zu empfangen reicht bei weitem nicht.

Der Kreis ist aber auch gefordert, weshalb ich auf unseren Antrag bezüglich der Haushaltsführung im Kreishaus verweise. Kommunen im Haushaltssicherungskonzept und der Kreis? Ich bitte um Zustimmung. - Ich sichere Ihnen zu, dass wir Grüne uns auch an die eigene Nase fassen werden. Der kommunalpolitische Sprecher der Grünen im NRW-Landtag Mario Krüger berichtete mir von den ersten Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über eine Neuverteilung der Finanzen. Das habe ich dem Kollegen deutlich gesagt: Ich erwarte, dass das Land in diesen Verhandlungen stringenter die Interessen der Wipperfürther, Hückes-

wagener, Lindlarer usw. vertritt. Auch wir hier in den etwa 70 % der überschuldeten Kommunen brauchen einen Plan, aus diesen Schulden heraus zu kommen. Warum ist das kein bundespolitisch relevantes Thema? Aus eigener Kraft gelingt das sicher nicht.

Bürgerbeteiligung

Mehr Bürgerbeteiligung bei Haushaltsaufstellung und -information, bei der Umsetzung des InHK, der systematischen Erarbeitung von Konzepten zum Umgang mit dem demografischen Wandel und Koordination der Flüchtlingshilfe und -integration. Dies ist ein weiterer grüner Schwerpunkt für 2016. Hierzu habe ich mich vorhin schon mal geäußert. Liebe Kollegen von CDU und SPD, ich unterstelle Ihnen überhaupt nichts. Ich bin nur der festen Überzeugung, dass Sie mit dem Ältestenrat wenig bis gar keine Verbesserungen für Wipperfürth und die Herausforderungen erreichen. Ein vernünftiges Gespräch ist nie verkehrt. Auch nicht öffentlich. Für die beschriebenen Aufgaben brauchen wir allerdings mehr statt weniger Bürgerbeteiligung. Insofern hoffe ich auf die Kompetenzen von Handwerkern, Hausmännern und -frauen, Angestellten, Ingenieuren, Betriebswirten, Ärzten usw. All diese Kompetenzen systematisch nicht einzubinden halte ich für sehr, sehr unklug. Am Beispiel des Arbeitskreises InHK wird dies deutlich. Gerade die Themen, wie Einzelhandel, Gebäudesanierung/-modernisierung, Standortvermarktung u.a. bedürfen einer systematischen Einbeziehung der vorhandenen Kompetenzen. Wir brauchen auch Querdenker und Widersprüche. Da vertraue ich auf eine gute Moderation, die die Leute in die Pflicht nimmt für Wipperfürth zu denken und zu handeln.

Das InHK bleibt gerade auch vor der finanziellen Situation eine Herausforderung. Wir Grüne stehen nach wie vor hinter dem Konzept. Wir sind kritisch, was die bisherige Umsetzung angeht. Diese Kritik geht aber nicht nur in Richtung Verwaltung, sondern nicht zuletzt auch in Richtung des Teils des Handels, der offensichtlich die Ängste in den Vordergrund schieben will, die großen Potentiale aber nicht sehen kann oder falsch eingebunden ist. Andererseits vermisse ich Führungskompetenz bezogen auf dieses Thema: Wir brauchen einen Bürgermeister der sich nicht hinter Bauprojekten versteckt. Wipperfürth würde jetzt von einem mutigen Bürgermeister profitieren, der sich als oberster Vermarkter des Einzelhandelsstandorts verstehen würde. Damit er das aber gut kann, braucht es engagierter Unternehmer, die auf Augenhöhe agieren. Ganz ehrlich, liebe Vertreter des ESW, diese Augenhöhe haben Sie selber bisher nicht eingenommen. Wer ständig über Verkehr oder Steuermittel redet, aber nie über sein Kerngeschäft, der ist nicht besonders glaubwürdig. Es muss doch jetzt darum gehen, dass wir uns als Standort auf den Wettbewerb um uns herum einstellen. Wie kann es sein, dass so viel Kaufkraft an der Innenstadt vorüber zieht. Wir als Grüne stehen zu diesem Standort. Ein Blick auf die Parkdauern in der Innenstadt lässt eines deutlich erkennen. Die Leute wollen so schnell wie möglich wieder weg. Und das ist sicher kein Qualitätsmerkmal für einen Einzelhandel. Sagen Sie uns, wie die Leute länger bleiben und mehr Geld hier ausgeben und nicht, wo die Autos lang fahren sollen.

Wir Grüne haben nur unter Bedingungen der Mittelbeantragung für den Marktplatz zugestimmt. Es wurde uns zugesichert, dass in 2016 jetzt endlich, die Querschnittsthemen im Arbeitskreis und hoffentlich auch öffentlich diskutiert und bearbeitet werden. Wann wird der Eigentümer einer Innenstadtimmobilie investieren? Wann wird der Händler seinen Ladenzuschnitte verändern? Wie stimmt man diese Prozesse aufeinander ab? Das geht nicht mit Tiefbau oder Hochbau. Das geht nur über leistungsfähige Arbeitsstrukturen. Die haben wir aktuell nicht.

Masterpläne für die Dorflagen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass jedes Dorf einen Kranz von Hilfestellungen und Unterstützungen erhält, die übrigens i.d.R. wenige Kosten verursachen. Die Beschleunigung der Ausbaumöglichkeiten im Rahmen des gültigen Flächennutzungsplans, die Sicherung von Kindergärten und Dorfschulen und die aktive Einbeziehung der Bürgervereine in die

Arbeit im Rahmen des Leaderprojekts. Dies sind wichtige Punkte, um die eine wichtige Qualität unserer Stadt zu erhalten. Innenstadt und Dorflagen müssen gleichberechtigt entwickelt werden.

Klimaschutz

Auch hier haben wir Grund, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Warum es jahrelang dauert bis man die notwendigen Anträge zur Einstellung des Klimaschutzmanagers gestellt hat ist mir rätselhaft. Hier hätte ich von Seiten des Bürgermeisters eine ganz klare Priorität erwartet. Es gibt die Zusage, dass das jetzt über die Bühne geht. Der Manager kann ein Multiplikator sein und Innovation und Kreativität befördern. Ganz sicher.

Kinderbetreuung als weicher Standortfaktor

Hier fehlt mir der Raum, um das Thema breit darzustellen. Eine Frage ist uns Grünen bis heute nicht beantwortet worden: Warum legt man bei der Stadt Wipperfürth so großen Wert darauf, dass Eltern die Kindergartenkinder mit möglichst großen Stundenkontingenten buchen, aber wenn es um die sowohl zeitlich als auch bezogen auf die Betreuung von Kleinstkinder höchst anspruchsvolle Tagespflege geht, dann müssen die Eltern ihren Bedarf nahezu penetrant darstellen und rechtfertigen. Es werden gar Informationen von den Arbeitgebern eingeholt. Dieses Misstrauen ist zum Schaden der Kinder, der Eltern und des Standorts insgesamt, weil Familien auch die Angebote von größeren Städten und faireren Kommunen wählen können. Leider gehen uns so Potentiale verloren. Das sollten wir uns nicht leisten.

Flüchtlinge und Kultur

Richtig entsetzt und sehr ärgerlich bin ich bezogen auf die Flüchtlingssituation. Es kann doch nicht angehen, dass die zuständigen Ministerien jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf treiben und irgendwelche sogenannten Verschärfungen beschließen, aber die Kernaufgaben in diesem Zusammenhang offensichtlich viel zu spät und bis heute unzureichend erledigt werden. Eine Schande sind die populistischen Anflüge des „Anti-Christen Seehofer“ und seiner angeblichen Konservativen. Als Katholik und „Kultur-Deutscher“ schäme ich mich für dieses Verhalten mit wieder hoffähig gewordenen Pauschalisierungen von Religionen und Kulturen. Ich entschuldige mich bei allen Menschen mit Migrationshintergrund hier in Wipperfürth, die entweder seit Jahrzehnten hier die tragenden Säulen unserer Gesellschaft sind, die Steuern zahlen und die Altersstruktur einigermaßen geraderücken. Aber auch die Hunderttausende, die aus Angst vor Krieg und Verfolgung in das wirtschaftlich stärkste Land Europas streben. Warum muss ich mich als Syrer beispielsweise für irgendwelche schlecht erzogenen Migranten-Söhne in Köln rechtfertigen. Hier wird einer der wesentlichen Rechtsgrundsätze unserer Gesellschaft aufgehoben. Die Individualität und die Unschuldsvermutung. - Haben wir das bei den Vermögenden auch getan, die über Jahre die Gesellschaft mit erheblicher krimineller Energie um die Steuern gebracht haben? Sind alle Vermögenden deshalb Kriminelle? Sicher nicht. Eine Politik der letzten Jahre, die „auf Sicht fährt“ und den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen will, schadet uns allen.

Meine Damen und Herren, ich fordere uns auf, diese Herausforderung anzunehmen und uns ab sofort auf die Integrationsaufgabe zu konzentrieren. Wir sollten die Chancen sehen und weiter gemeinsam, mit den Altbürgern und den Neubürgern, unser Gemeinwesen gestalten. Ich meine, die Fähigkeiten haben wir. Ganz im Sinne Frau Klöckners: „Maul halten und arbeiten“. Alles andere hat die große Politik zu verantworten. Waffen liefern andere. Wir liefern Struktur, Gemeinsinn und Perspektive.

Vielen Dank!

(Andreas Schmitz, Januar 2016)

**Haushaltsrede
des fraktionslosen Rats Herrn
Josef W. Schnepfer (FDP)**

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

heute soll der Haushalt der Hansestadt Wipperfürth für das Jahr 2016 verabschiedet werden. Im Namen der FDP danke ich der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, für das umfassende Dokument und die dazu gegebenen Erläuterungen.

Zum Haushaltsplan ist zunächst einmal festzustellen: Die **wirtschaftliche Situation** der Stadt hat sich weiter verschlechtert. Über die Planzahlen 2016 hinaus weist die Ergebnis- und Finanzplanung auch in den Folgejahren hohe Defizite aus. Das Eigenkapital der Stadt ist bis 2020 praktisch aufgezehrt. Unternehmen oder Privatpersonen müssten in dieser Situation Insolvenz anmelden. Was bedeutet es für die Stadt Wipperfürth? Noch mehr Kontrolle durch Aufsichtsbehörden, mehr Bürokratie und weitere Einschränkung der eigenen Handlungsspielräume von Rat und Verwaltung. Das kann niemand von uns wollen! Teure Investitionsprojekte und alle nicht pflichtigen Aufgaben müssen deshalb noch kritischer auf den Prüfstand gestellt werden.

Nach dem außerordentlich hohen **Haushaltsdefizit** in 2014 von 10,4 Mio € ergab sich für 2015 erneut ein Fehlbetrag, diesmal von 5,5 Mio. Für 2016 plant die Verwaltung mit sehr optimistischen Annahmen ein Minus von 4,3 Mio. Der im HSK angestrebte Ausgleich kann nach der Planung frühestens 2020 erreicht werden. Dies auch nur unter Inkaufnahme weiter zunehmender **Verschuldung**. Die jährlichen Verluste werden weiter mit kurzfristigen „Kassenkrediten“ finanziert. Sie werden im laufenden Jahr einen historischen Höchstwert von 58 Mio € erreichen. Der Rat wird heute gebeten, diesen Kreditrahmen zu genehmigen. Als FDP können wir dem nur mit größten Bedenken zustimmen!

Die meisten der heute beantragten **Kürzungs- und Sperrvorschläge** der Fraktionen tragen wir mit. Aber wir möchten nicht in einen „Kürzungswettlauf“ um die wenigen freien Positionen eintreten. Wir legen selbst nur zwei Kürzungsanträge vor. Wir vertrauen auf die Verwaltung, dass sie angemessen und verantwortlich mit den wenigen freien Mitteln umgeht. Zudem gibt es noch die Fachausschüsse und künftig den - von uns als überflüssig abgelehnten - Ältestenrat sowie den Stadtrat selbst als Kontrollgremien.

Das uns vorliegende **Haushaltssicherungskonzept** und die im Haushaltsplan aufgeführten Planzahlen sind teilweise mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Hauptrisiken sehen wir in den stark variierenden Steuererträgen, den hohen Kosten für Transferleistungen (hier insbesondere stark gestiegenen Aufwendungen für die Flüchtlingsaufnahme), in der Kreisumlage und in dem hohen Zinsrisiko für Liquiditätskredite. Unsere direkten Einflussmöglichkeiten auf diese Risikofaktoren sind leider nur gering.

Es ist auch wenig hilfreich zu wissen, dass andere Städte in ähnlich prekärer Situation sind. Nur 10 % aller Kommunen in NRW können einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Die Städte und Gemeinden in unserem Bundesland stehen im Vergleich besonders schlecht da. Wir als FDP fordern, dass die Landesregierung NRW die seit langem kritisierte, untaugliche **Kommunalfinanzierung** neu ordnet. Ich appelliere an dieser Stelle an meine Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen hier im Rat, diese Forderung mit Nachdruck an ihre Parlamentarier und Regierungsmitglieder weiterzutragen.

Auch das derzeit meist diskutierte Thema Flüchtlinge macht uns große Sorge. Der Staat hat bei dieser Herausforderung auf ganzer Linie versagt. Die Parole „Wir schaffen das“ wäre schon längst zur Farce geworden, wenn nicht ungezählte Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Gemeinden ehrenamtlich und uneigennützig die Aufgaben übernommen hätten, die eigentlich dem Staat zukommen. Aber wir wissen alle - auch hier in Wipperfürth, wo die Hilfsbereitschaft besonders groß ist - dass der unkontrollierte Zustrom von Schutzsuchenden so nicht weitergehen kann. Die Leistungsgrenzen der Kommunen sind erreicht, die Kosten auf Dauer nicht verkraftbar. Hier appelliere ich besonders an die Vertreter unserer verantwortlichen Regierungsparteien in Berlin, sich für national verträgliche, vernünftige und praxismgerechte Lösungen einzusetzen. Dazu gehört: Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung, Erstattung aller Kosten an die aufnehmenden Kommunen und unbürokratische Förderung von sozialen Wohnungsbauprogrammen. Geredet wurde genug, jetzt muss gehandelt werden!

Nach aller Kritik möchte ich noch kurz über drei bemerkenswerte Aktionen der Verwaltung im vergangenen Jahr sprechen:

1. Integriertes Handlungskonzept Innenstadt:

Der erste Bauabschnitt Bahnstraße, wurde planmäßig im vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmen fertiggestellt. Ein voller Erfolg! Ich hoffe, dass die weiteren Abschnitte ebenso zügig vorankommen und wir unsere Stadt in fünf Jahren attraktiver, entkrampfter, verkehrsberuhigter, aber in allen Punkten gut erreichbar, vorfinden werden. Die Planer sollten Bürgerwünsche, Beschwerden und die bisher gemachten Erfahrungen (positiv wie negativ) aus der ersten Bauphase ernst nehmen und bei der weiteren Umsetzung berücksichtigen.

2. Südümgehung

In der Sitzung des ASU am 29.12.2015 wurde auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, eine Machbarkeitsstudie für die sogenannte „**Südümgehung**“ in Auftrag zu geben. Die Idee hierzu ist nicht neu, sie wurde in den vergangenen Jahren auch wiederholt von der FDP in Erinnerung gebracht. Wir freuen uns, dass jetzt der erste konkrete Schritt zur Realisierung dieses Projekts getan wird, das schon seit vielen Jahren in den Schubladen der Verwaltung schlummert. Der Verkehr aus Richtung Köln (B506 und L286) und umgekehrt aus Richtung Lindlar und Frielingsdorf (L 284 und L 302) kann damit aus der Innenstadt und dem Nadelöhr Ringstraße ferngehalten werden. Zudem wird eine vernünftige Anbindung des landwirtschaftlichen Großbetriebs in Wegerhof möglich.

Wir sind als FDP davon überzeugt, dass die **Entlastung der Ringstraße** auch zur weiteren Akzeptanz des Innenstadtkonzepts beiträgt. Wir fordern den Bürgermeister und die Verwaltung daher auf, sich energisch für dieses Projekt einzusetzen und sich umgehend um Fördermittel des Landes zu bemühen.

3. Gewerbeentwicklung:

Wir begrüßen sehr, dass es in der Sache Gewerbegebiet Klingsiepen jetzt mit einem neuen Ansatz weitergeht. Es wird zunächst eine reduzierte Version des ursprünglich vorgesehenen Areals mit nunmehr 11 ha Fläche und neuer Zufahrt von der B 506 geplant. Dadurch ist es möglich, die Planung schneller zu realisieren. Ich bin überzeugt, damit gehen wir einen richtigen Weg. Zusätzliche Gewerbeflächen sind für die Stadt Wipperfürth von eminenter Bedeutung. Wir halten erfolgreiche Unternehmen in der Stadt und können neue Firmen anwerben, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und Einkommen, Kaufkraft und Steuererträge generieren.

Ich appelliere an die Verwaltung und an die Kolleginnen und Kollegen im Rat: Lassen Sie uns alles tun, um den Erschließung neuer Gewerbeflächen und die Ansiedlung von Gewerbe jetzt forciert voranzutreiben!

Zum Schluss gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zum Thema **Schulstadt Wipperfürth**:

Als FDP setzen wir uns mit der Schulinitiative unserer Landtagsfraktion „Bildungssprung NRW“ für die „Die beste Bildung der Welt“ ein. Das Thema hat gerade für uns in Wipperfürth hohe Priorität. Sollte für das **E.v.B.-Gymnasium** objektiv die Notwendigkeit für eine bauliche Erweiterung besteht, werden wir uns nicht dagegen sperren. Die bisherigen Informationen und Fakten haben uns als FDP aber noch nicht überzeugt. Deshalb beantragen wir, diese Haushaltsposition vorerst noch nicht freizugeben. Wir sind der Meinung, dass die Investitionskosten deutlich reduziert werden können und müssen.

Das Thema **Digitalisierung** ist in aller Munde. Wir begrüßen die Initiative der Verwaltung, einen Medienentwicklungsplan für die städtischen Schulen in Auftrag zu geben. Der Kostenansatz im Haushalt wird von uns mit getragen. Die technische Ausstattung unserer Schulen muss den zukünftigen Erfordernissen an das digitale Zeitalter schon heute gerecht werden.

Zusammenfassung:

Das Fazit der Haushaltsdebatte ist: Haushaltskonsolidierung kann nicht nur auf der Ausgabenseite erfolgen. Hier haben wir enge Grenzen. Sie muss auch auf der Einnahmenseite intensiv angegangen werden.

Als FDP wünschen wir uns, dass zukünftig die inhaltlichen Schwerpunkte der Stadtentwicklung, wie Schullandschaft, Verkehr, Innenstadtentwicklung, Tourismus, Wohnen, Gewerbe, vor allem Gewerbegebiete, in der Planung noch deutlicher herausgestellt und für alle Bürger transparent gemacht werden!

Ich bedanke mich, insbesondere bei unserem Bürgermeister und den Damen und Herren der Stadtverwaltung, und wünsche uns allen Alles Gute für 2016!

1.6 Anfragen - keine -

1.7 Anträge

1.7.1 Betriebskonzept Friedhöfe; Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2016

Vorlage: A/2016/163

Wie unter TOP 1.1.1 festgelegt, wurde dieser Antrag bereits im Zusammenhang mit der Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 unter TOP 1.5.2 abgehandelt. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Verkaufsoffene Sonntage im Jahre 2016

Vorlage: M/2016/704

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung war, ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

2 Nichtöffentliche Sitzung - entfällt -

Michael von Rekowski
- Vorsitzende/r -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -